

2012.1

# KOMPASS

//kompass.im

Demokratie und Freiheit, Bürgerrechte und informationelle Selbstbestimmung,  
Transparenz in Politik und Staat, existenzielle Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe,  
freier Zugang zu Information und Bildung, ein bürgerfreundliches Urheber- und Patentrecht,

sowie weitere

*Themen die Piraten bewegen*



Seite 3

Die Krise unseres Geld- und Finanzsystems

## Das Domino-Prinzip

Seite 10

**Sucht & Drogen**

**Dampfen statt Rauchen:  
Elektro-Zigaretten**

Seite 12

**Überwachung**

**Softwaregestützte  
Verhaltenserkennung**

Seite 19

**Medien & Marketing**

**Müll aus allen Rohren:  
Die SPAM-Flut**

## Aus dem Inhalt

## EU fragt den Bürger

Die europäische Bürgerinitiative wird zum 1. April freigeschaltet: was ist das und was bringt das?

Seite 8

## Der ACTA-Pakt

Wenn Politik der Lobby zuviel Gehör schenkt und im Geheimen verhandelt, entstehen gefährliche Rechtsrahmenbedingungen.

Seite 9

## Elektrisch ausgeraucht?

E-Zigaretten bedrohen gesunde Tabak-Steuerereinnahmen. Mit angeblicher Gesundheitsgefahr werden Verkaufsverbote begründet.

Seite 10

## Überwachungsforscher starten durch

Immer mehr Researchprojekte vernetzen europaweit zahllose Sensoren und Datenspeicher. Wer überwacht die Überwacher?

Seite 12

## Löchriger Ausweis

Seit über einem Jahr gibt es den neuen Personalausweis mit Datenchip. Doch so sicher, wie die Regierung behauptet, ist die Wunderkarte nicht.

Seite 16

## Buchtipps und Podcast-Links

Der Historiker Ian Morris erklärt in einem epochalen Werk, wie die Welt der spätrömischen Dekadenz entgeht. Außerdem: Podcasts bieten Infos für unterwegs.

Seite 18

## Spamflut bis zum Abwinken

Unerwünschte Botschaften prasseln auf uns ein. Werber und Vermarkter drücken auf den SEND-Button. Doch Verbraucher wehren sich.


Seite 19

## Editorial

## Ahoi, liebe Lesende!

ACTA ade? Wirklich? Beeindruckend, wieviele Menschen im Februar auf die Straße gingen, gegen das internationale Handelsabkommen mit Zensurpotential. Für ihre Freiheit im Netz demonstrierten über 100.000 Menschen in Deutschland und ganz Europa, mobilisiert von der internationalen Piratenbewegung. ACTA ist plötzlich Topthema in TV und Zeitungen. Sofort reagierte die Politik. ACTA wird nun völlig neu bewertet.

Doch vielleicht kommt es in anderer Form zurück, etwa als IPRED et al. Denn die Gegner der Freiheit im Netz wissen genau, was sie tun. Es gilt, sich stärker und intensiver mit anderen Initiativen zu vernetzen. Netzpolitik und Urheberrecht ist kein Nischenthema mehr. Es muss nicht an jeder Idee ein Preisschild hängen. Schon gibt es in Europa, in den Niederlanden, erste Ansätze für ein Fair-Use, ein erweitertes Zitatrecht. Das ist die richtige Richtung!



**Der Kompass braucht dich!**

**Wir suchen Menschen mit Spaß am Schreiben und an Piratenthemen**

Mach mit! In 2012 möchten wir vier Ausgaben herausbringen. Dazu brauchen wir dich: als Autor, für die Grafik oder als Finanz-Genie!

**So lernen wir uns kennen:**

jeden Mittwoch 19:45 Uhr Telekonferenz  
(Software:  
<http://wiki.piratenpartei.de/Mumble#NRW>  
NRW-Mumble-Server im Raum: Piratenzeitung)  
Redaktionswiki:  
<http://wiki.piratenzeitung.de/?title=Kompass>

## KOMPASS

wird herausgegeben vom Denk Selbst e.V. und erscheint vierteljährlich. Die Zeitung gibt stets lediglich die Meinung der Autoren eines Artikels wieder. Diese Piratenzeitung ist keine Piratenpartei-Zeitung!

<http://kompass.im/>  
[kompass@piratenzeitung.de](mailto:kompass@piratenzeitung.de)  
Twitter: @Piratenzeitung

Mitwirkende:

Joshua Brück (Finanzen)  
Fabian Drywa (Vertrieb, V.i.S.d.P.)  
Stefan Müller (Redaktion, Koordination)  
ulrics (Redaktion)  
Tobias M. Eckrich (Bildredaktion)

Autoren:

Hilmar Benecke  
Thomas Gaul  
Volker Kunze  
Stefan Müller  
Jan Scheibal  
ulrics

Layout: Thomas Latzke

Postanschrift der Redaktion:  
Marienburger Str. 18,  
26389 Wilhelmshaven

Postanschrift des Vereins:  
Marienburger Str. 18,  
26389 Wilhelmshaven

AboService & Vertrieb:  
[kompass.vertrieb@denk-selbst.org](mailto:kompass.vertrieb@denk-selbst.org)  
Titelbild: CC-BY-SA Thomas Latzke

Druck: MegaDruck.de GmbH  
Eichendorffstraße 34 b,  
26655 Westerstede



## Kopieren erlaubt!

Alle Inhalte, Texte, Bilder und Illustrationen etc. stehen unter **Creative Commons BY-NC-ND** (soweit nicht anders gekennzeichnet) und dürfen für nicht-gewerbliche (NC) Nutzung unverändert (ND) kopiert, vervielfältigt und verbreitet werden, sofern die Urheber genannt werden (BY) in den Kopien, welche unter den gleichen Lizenzbedingungen veröffentlicht sein müssen.

Beispiel eines Vermerks:  
CC-BY-NC-ND: Max Mustermann / Kompass

Fragen richten Sie bitte an:

[lizenzen@piratenzeitung.de](mailto:lizenzen@piratenzeitung.de). Den exakten Lizenztext lesen Sie bitte vor Ihrer Nutzung im Web auf <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/>

Ein Produkt der Arbeitsgemeinschaft

PIRATENZEITUNG

[www.piratenzeitung.de](http://www.piratenzeitung.de)



Fakten und Kritik zum Handelsabkommen

# Alle Anti-ACTA?

CC BY-SA 3.0 Uwe Stein

## Was ist das ACTA wirklich?

**ACTA** steht als Kürzel für Anti-Counterfeiting Trade Agreement (Handelsübereinkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie) und ist ein völkerrechtlicher Vertrag, der zwischen teilnehmenden Nationen und Staatenbünden geschlossen werden soll.

**Offizielles Ziel** des ACTA war es, durch ein multinationales Handelsabkommen **den Handel mit gefälschten Markenprodukten einzudämmen**.

An den Verhandlungen des 52-seitigen Vertrages waren Australien, die EU, Japan, Kanada, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Schweiz, Singapur, Südkorea, und die USA beteiligt.

Bis 31. März 2012 können nun nicht nur alle obigen und die einzelnen EU-Staaten den Vertrag unterzeichnen, sondern auch alle Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO), soweit die bisherigen Länder zustimmen. Damit der Vertrag in Kraft tritt müssen mindestens sechs Länder den Vertrag unterzeichnen und ratifizieren. Bis heute haben von den Teilnehmerländern die Schweiz, Mexico, Zypern, Estland, Deutschland, Niederlande und die Slowakei noch nicht unterzeichnet.

Das Inkrafttreten des Vertrages auf dem Gebiet der EU bedarf der Unterzeichnung und Ratifikation des Vertrages durch die Mitgliedsstaaten sowie der Zustimmung des Europäischen Parlaments. Mit der abschließenden Plenarabstimmung in Straßburg ist frühestens im Mai oder Juni zu rechnen.

Die Ratifikation wird in Deutschland durch die Verabschiedung eines Zustimmungsgesetzes im Bundestag umgesetzt, welches dann ohne Einspruch den Bundesrat passieren muss und durch die Unterschrift des Bundespräsidenten rechtsgültig wird.

## Kritikpunkte am ACTA-Prozess

- Die Vertragsverhandlungen waren seit Gesprächsbeginn 2006 geheim und es wurden nur allmählich Details in der Öffentlichkeit bekannt. Vermutet wird, dass dadurch vor allem Interessen von Entwicklungsländern außen vor bleiben sollten. Ausgeschlossen waren auch die BRIC-Staaten, denen vorgeworfen wird, die größten Produzenten nachgeahmter Produkten zu sein.



Vor der Anti-ACTA-Demo in Düsseldorf am 11.2.2012

- Ein Beratungsausschuss, bestehend aus Vertretern US-amerikanischer Großkonzerne, bestimmter Lobby-Organisationen und Dachverbände konnte auf die Verhandlungen Einfluss nehmen.
- Die zivile Gesellschaft wurde ausgeschlossen, es gab keine Möglichkeit, keine Mechanismen um etwa Vorschläge oder Anträge mit einzubringen. Auch Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) wurde die Einsicht in die Vertragsverhandlungen verwehrt.
- Bis heute sind die Verhandlungsprotokolle nicht zugänglich, die entkräften könnten, dass sich hinter den schwammig formulierten Inhalten verdeckte Interessen verbergen und erklären, was mit bestimmten Formulierungen wirklich gemeint sei. Ebenso ist eine Abstimmung in Parlamenten daher widersinnig, weil die genauen Bedeutungen nicht bekannt sind.
- Der Vertrag wurde ohne Einbeziehung der üblicherweise mit zuständigen Rahmenorganisationen verhandelt. Dies sind vor allem die Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) und WTO.
- Durch den Vertrag könne versucht werden, die Inhalte weltweit als „Quasi-Standard“ zu etablieren und auf nicht unterzeichnende Länder Druck auszuüben, sich den Regeln im ACTA anzupassen, bis hin zur faktischen Ersetzung der WIPO.
- Der Verhandlungsprozess habe auch geltendes Europäisches Verfahrensrecht gebrochen, da er im strafrechtlichen Teil durch die EU Ratspräsidentschaft verhandelt wurde und nicht durch die Europäische Kommission.
- Es soll ein ACTA Komitee gebildet werden, das in Zukunft Änderungen am Vertrag unter Ausschluss demokratischer Prozesse beschließen kann.

## Kritikpunkte am ACTA-Inhalt

- Das ursprüngliche Ziel des Abkommens wurde auf „Geistiges Eigentum“ im digitalen Umfeld ausgeweitet.
- Es wird als grundgegeben vorausgesetzt, dass für das Wachstum der Weltwirtschaft eine wirkungsvolle Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums vonnöten sei.
- Durch das ACTA könne in die Grundrechte der Meinungsfreiheit und Recht auf Privatsphäre, Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung eingegriffen werden.
- Das ACTA könne dazu genutzt werden, die Art und Weise, wie das Internet täglich genutzt wird, zu kriminalisieren. So z. B. das Weiterleiten von Dateien, anfertigen privater Kopien oder auch Whistleblowing, wo Dokumente von öffentlichem Interesse enthüllt werden.
- Es habe keine Abwägung zwischen vielleicht trivialer Verletzung von Urheberrechten und dem öffentlichen Interessen stattgefunden. Freie Nutzung von geschützten Werken in Satire, Parodie, Kunst und Berichterstattung seien in öffentlichem Interesse.
- Provider könnten dazu gedrängt werden, das Internet vorsorglich zu zensurieren. Das ACTA fördere privatisierten Vollzug und Durchsetzung von rechtlichen Maßnahmen.
- Das Abkommen richte sich gegen einzelne Bürger und nicht nur gegen kriminelle Vereinigungen.
- Es wird befürchtet, dass Internetprovider Daten wie IP Adressen herausgeben müssen um zu ermöglichen, dass einzelne Personen identifiziert werden können.
- Es würden Aktivitäten kriminalisiert, die normalerweise ins Zivilrecht fallen.
- Die alten Offline-Wirtschaftsmodelle sollen in die digitale Welt eingepresst werden, ohne die tatsächliche Entwicklung der neuen Medien zu berücksichtigen.
- Das ACTA unterbinde Kreativität und neue Entwicklungen, außer in großen Konzernen.
- Das ACTA verlagere die kriminelle Handlung vom Fälscher hin zum Käufer.
- Das ACTA sei nicht vereinbar mit Teilen der Europäischen Menschenrechte sowie des Sozialpaktes der UN.
- Durch das ACTA könne die Durchsetzung bestimmter Patentinteressen multinationaler Konzerne dazu führen, dass die existenzielle Daseinsvorsorge von ganzen Bevölkerungsgruppen gefährdet werde und Bauern in Entwicklungsländern bestimmtes Saatgut nicht mehr anbauen können.
- Die medizinische Versorgung mit Medikamenten könne in Entwicklungsländern gefährdet werden oder sich verschlechtern.

# Das ACTA

Kommentar von Uwe Stein

**Wer nicht hüpfet,  
der ist für ACTA!  
Hey, hey!**

So klang es in vielen Städten bei den Anti-ACTA-Demonstrationen am 11. Februar auch aus NRW. Ein netter Spruch und das Hüpfen wärmt bei zweistelligen Minusgraden.

Fakt bleibt leider: Wer sich nicht rührt, bekommt bald das ACTA. Und nicht nur das.

Nur wegen einer Genehmigungsspanne hatte die Bundesregierung das ACTA noch nicht unterzeichnet und dann am Tag vor den Protesten überraschend ausgesetzt. Von vielen Seiten hörte man schon stolze Erfolgsmeldungen, die Proteste seien nun weniger nötig. Aber die Aussetzung soll laut Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger nur Zeit geben „Diskussionsbedarf auszuräumen“. Es bleibt also mehr denn je Aufgabe, den Diskussionsbedarf zu erhöhen, wenn man das ACTA dauerhaft verhindern will. Bürger und Politiker müssen informiert werden, was es mit dem ACTA auf sich hat und was daran so problematisch ist.

In der Politik geht es darum, sicherzustellen, dass alle an Entscheidungen gebunden sind, auch die, die nicht zugestimmt haben. Diese kollektiv bindenden Entscheidungen sollten vor allem auf Basis eines breiten und richtigen Informationsangebots getroffen werden. Beim ACTA ist zu befürchten, dass aufgrund mangelnder Informiertheit nicht nur die Bürger etwas bekommen, was sie nicht gewollt haben, sondern auch die Parlamentarier über den Tisch gezogen werden und sich hinterher an etwas halten müssen, was sie so gar nicht wollten.

Auch die meisten Politiker hatten zum ACTA vor kurzem erstmals etwas gehört. Das hat damit zu tun, dass auf EU-Ebene internationale Verträge üblicherweise von einzelnen Experten ausgehandelt werden und, wenn dann keine Einwände mehr bestehen, diese auch von fachfremden Ausschüssen verabschiedet wer-



Bilder: CC BY Stefan Schmidt



STOPP-ACTA-Demos am 11.2.2012

den. Im Rahmen eines administrativen Verfahrens, der sogenannten A-Punkt-Abstimmung, wurde dann das ACTA auch im Dezember 2011 vom EU-Fischereirat verabschiedet. Für Deutschland unterschrieb dort ein Staatssekretär in Vertretung der Landwirtschaftsministerin. Verhandelt hat das Abkommen für Europa aber die Europäische Kommission. Man muss die Verantwortlichen dort suchen und sollte dort auch fundierte Informationen zu ACTA finden. So die Theorie.

Erschreckend ist, wie die EU Kommission zum ACTA informiert. Das offizielle Informationsblatt der EU-Kommission zum ACTA (siehe unten) liest sich wie ein beschwichtigendes Propagandablättchen. Es erscheinen willkürlich gewählte Argumente pro ACTA, keine Erklärungen zu Inhalten.

## Will die EU-Kommission uns alle für dumm verkaufen?

Piratenpartei-Gründer Rick Falkvinge weist in einem aktuellen Artikel darauf hin, dass die EU-Kommission gerade die Umset-


zung von Maßnahmen vorbereitet, die laut ACTA-Infoblatt angeblich ausgeschlossen sind. Die Formulierungen in der Roadmap für die Revision der Richtlinie zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums (IPRED) sind alarmierend.

## Falkvinge kritisiert:

- Rechtlich unklare Begriffe wie im ACTA werden verwendet.
- Persönlichkeitsrechte werden vernachlässigt.
- Es ist von kostengünstigen Schnellverfahren im Zivilrecht die Rede.
- Es sollen Zensurmöglichkeiten ausgearbeitet werden.
- Es sollen Regeln abgesteckt werden, wie von Intermediären (Providern) Daten beschafft werden können, um Urheberrechtsverletzer zu identifizieren.
- Quasi-legale Instrumente (softlaw Instruments) sollen die Kooperation zwischen Rechteinhabern und Intermediären verbessern aber in Wahrheit auf die Provider Druck ausüben, sich den Industrieinteressen zu beugen.
- Die EU-Kommission bezeichnet EU-Bürger schlicht als „Konsumenten“.
- Wirtschaftliche Interessen stehen im Vordergrund.

Wer die Bürger auf so unseriöse Weise irreführend informiert, muss sich mit Recht Kritik ausgesetzt sehen und sich die Frage stellen lassen, ob hier wirklich im Interesse des europäischen Gemeinwohls gehandelt wurde. Es ist höchste Zeit, auch unseren gewählten Politikern im Europaparlament diese Fragen zu stellen! Schreibt hier an einen der Europa-Abgeordneten aus NRW: <http://goo.gl/JtobA>

Offizieller Info-Flyer der Europäischen Kommission



**Was ist das ACTA?**

- Durch das ACTA wird sichergestellt, dass Materialien und Informationen, bei denen keine Verletzung der Rechte des geistigen Eigentums vorliegt, weiterhin überall über das Internet ausgetauscht werden können.
- Die Freiheit des Internets wird durch das ACTA nicht beschnitten. Das ACTA führt nicht zur Zensur oder Schließung von Websites.
- Das ACTA sorgt dafür, dass der Diebstahl geistigen Eigentums durch das organisierte Verbrechen, welcher Innovationen sowie den freien Wettbewerb behindert und Arbeitsplätze vernichtet, verfolgt werden kann.
- Im ACTA geht es nicht darum, wie wir das Internet in unserem Alltag nutzen.
- Soziale Netzwerke wie Twitter und Facebook können weiter wie in der Vergangenheit genutzt werden – das ACTA bringt keine Veränderung.
- Computer und Mobiltelefone werden nicht kontrolliert oder überwacht – das ACTA ist KEIN Großer Bruder.

**Warum sind das ACTA und der SOPA nicht dasselbe?**

- Der SOPA (Stop Online Piracy Act) ist ein Entwurf für ein amerikanisches Gesetz, das die Gesetzgebung der USA ändern würde. Das ACTA macht keinerlei Änderung von EU-Rechtsvorschriften erforderlich. Alles, was heute legal ist, bleibt es auch nach der Ratifizierung des ACTA.
- Durch das ACTA wird niemandem der Internetzugang gesperrt.

**Warum unterstützt die EU dann das ACTA?**

- Weil das ACTA dafür sorgt, dass der bereits hohe Schutz des geistigen Eigentums in der EU – zur Sicherung von Arbeitsplätzen in Europa – weltweit gewährleistet ist.
- Weil Europa jedes Jahr über 8 Mrd. EUR Verluste durch die nachgeahmten Waren entstehen, die unseren Markt überschwemmen.



Die Schuldenkrise - Ursachen und Lösungen

# Der Bankrott des Geld- und Finanzsystems

**Wirtschaft** In den letzten Jahren stolpert die Welt von Krise zu Krise. Der Diplomkaufmann und ehemalige Banker Hilmar Benecke wirft einen Blick auf die Ursachen der enormen Schieflage unseres Geld- und Finanzsystems und zeichnet Lösungswege für die Überwindung der Krisenepidemie auf. Am Ende steht allerdings auch für ihn die Frage nach der Überlebensfähigkeit des Systems.



Bilder und Grafiken: Thomas Latzke

## Hilmar Benecke

Nach der Finanzkrise 2008 stritten sich die meisten Wirtschaftsexperten, ob die Konjunktur sich schnell, langsam oder mit einem zweiten Tief wieder erholen würde. All diesen Überlegungen war eins gemein: die Prämisse, dass es sich hierbei um eine zyklische Krise handelt, nach der es fraglos weiter aufwärts gehen würde – wie bei zahlreichen anderen Krisen/Rezessionen in den Jahrzehnten vorher.

## Fehler im System

Inzwischen wird jedoch immer klarer: das Platzen der Subprime-Blase in 2007/2008 war der Beginn einer Systemkrise, also einer Krise unseres Finanz- und Geldsystems. Warum ist diese Unterscheidung so wichtig? Sie gibt uns einen Hinweis darauf, an welchen Stellen wir nach Lösungen suchen müssen. Oder nach Albert Einstein: „Probleme kann man niemals mit der gleichen Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“ Warum ist die Schuldenkrise, die wir derzeit erleben, der Endpunkt einer systemimmanenten Entwicklung? Dazu müssen wir zunächst unser Geldsystem verstehen. Als erstes stellt sich hier die Frage, wie und durch wen unser Geld entsteht.

## Das Schuldgeldprinzip: Geldschöpfung per Kredit

Der Prozess der Geldentstehung wird „Geldschöpfung“ genannt. Entgegen landläufiger Meinung ist das Drucken von Banknoten und Münzen der weitaus geringste Teil der Geldschöpfung (inzwischen deutlich unter 10 Prozent). Hauptakteur sind die Geschäftsbanken. Geld wird ausschließlich dadurch geschaffen, dass irgendjemand (Staat, Unternehmen, Bürger) einen Kredit bei einer Bank aufnimmt. Durch die Kreditvergabe entsteht das „Giralgeld“ – und zwar durch eine Buchung in der Bankbilanz. Dafür muss weder „die Notenpresse angeworfen werden“ noch benötigt die Bank Spareinlagen oder ähnliches, um dieses Giralgeld zu erzeugen. Unser Geld ist also eine Art „Schuldgeld“. Je mehr sich Wirtschaftsteilnehmer verschulden, desto größer ist das Geldmengenwachstum. Dadurch wird auch deutlich, dass Wirtschaftswachstum vorrangig durch neue Schulden finanziert wird. Der Wirtschaftsboom Mitte des letzten Jahrzehnts resultierte zu weiten Teilen aus dem Konsum der amerikanischen Haushalte, die sich mit Hilfe der amerikanischen Politik des „billigen Geldes“ bis weit über die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit

verschuldeten. Noch einmal in aller Deutlichkeit: Geld entsteht, ohne gedruckt werden zu müssen. Kredite können vergeben werden, ohne dass dafür ein entsprechendes Guthaben vorhanden sein muss. Sie müssen allenfalls refinanziert werden, entweder durch Geldanlagen oder durch Zentralbank-Kredite.

## Reagieren statt Regulieren: Zentralbanken in der Krise

Das einzige Regulativ für das Geldmengenwachstum sind die Zentralbanken – im Euroraum die Europäische Zentralbank (EZB). Ihr Auftrag ist die Geldwertstabilität und so versucht sie, die Inflation durch ihre Zinspolitik sowie durch ihre Kreditvergabe den Banken gegenüber zu steuern. Früher berichtete die Deutsche Bundesbank regelmäßig über die Entwicklung verschiedener Geldmengen (M1, M2 und M3). Heute beschränkt sich die EZB überwiegend auf die Kommentierung ihrer Entscheidungen zum Leitzins – meist mit Hinweis auf (erwartete) Inflationsraten. Warum? Die Höhe der Kreditvergabe durch Banken und damit die Geldmenge wird im Wesentlichen von zwei Faktoren begrenzt: dem Eigenkapital der Banken und einem bei der Zentralbank zu hinterlegenden Mindestreservesatz. Letzterer ist jedoch inzwi-

schen so gering (aktuell wurde er von 2 Prozent auf 1 Prozent gesenkt), dass er auf das Geldmengenwachstum nahezu keine Auswirkungen mehr hat. Demgegenüber hat die Eigenkapital-Knappheit der Banken durch Wertabschreibungen (erst bei Immobilien, jetzt bei Staatsanleihen) die Angst vor einer „Kreditklemme“ wieder verstärkt. Die Reaktion: günstige Zentralbankkredite in unbegrenzter Höhe, (Ramsch-)Anleihen von kränkenden Staaten werden von der EZB aufgekauft oder als Sicherheit für Zentralbank-Kredite an Banken akzeptiert – alles Maßnahmen, die das Geldmengenwachstum beschleunigen. In den letzten 20 Jahren hat sich das Geldmengenwachstum in ständig steigendem Maße vom Wachstum der jeweiligen Bruttoinlandsprodukte (BIP) entfernt – und das in nahezu allen großen Wirtschaftsnationen. Die Differenz zwischen Geldmengenwachstum und BIP-Wachstum wird oft auch als „wahre Inflation“ bezeichnet und liegt heutzutage weit über den öffentlich berichteten Raten.

## Immense vagabundierende Kapitalmengen

Ein wesentlicher Grund, dass die gestiegene Geldmenge nicht die Verbraucherpreise ähnlich stark steigen lässt, liegt in den

ungleichen Einkommens- und Vermögensverhältnissen. Die Geldmengenwüchse landen nicht mehr in den Händen der breiten Masse der Einkommensbezieher (um dort zur Nachfrage nach Konsumgütern zu führen), sondern auf den Depots der Vermögensinhaber. Die Flutung der Finanzmärkte mit neuem Geld führt also nicht zu steigendem Verbrauch, sondern zu immer umfassenderen und komplexeren Vermögensanlagen. Das Resultat sind immense vagabundierende Kapitalmengen, die auf der Suche nach immer neuen Renditezielen sind. Sie sorgen immer schneller auf bestimmten Teilmärkten für die „Blasen“. Diese „Vermögenspreis-Inflation“ wird etwa in Form sprunghaft steigender Aktien- oder Rohstoffpreise sichtbar. Die Folge: Teuerung der Grundnahrungsmittel wird inzwischen weniger durch Zunahme der Nachfrage, als vielmehr durch Spekulationen von Kapitalanlegern verursacht. Allerdings mit dem gleichen Ergebnis: Hunger und Tod!

### Zins und Zinseszins

Bei der Kreditvergabe werden Aktiv- und Passivseite einer Bankbilanz erhöht. Auf diese Weise wird neues Geld geschaffen – jedoch nur in Höhe der Kreditsumme. Das für die Zinszahlungen benötigte Geld wird nicht mit geschöpft. Es muss also entweder aus der bishe-

rigen Geldmenge oder durch zusätzliche Schulden generiert werden. Werden die Schulden nicht getilgt – wie seit Jahrzehnten bei der Staatsverschuldung – entsteht ein Zinseszinsseffekt. Dieser führt zu einer stetig steigenden Vervielfachung des Ursprungsbetrags (man nennt dies „exponentielles Wachstum“).

Das gleiche Phänomen gibt es auf der Vermögensseite, wenn Zinseinnahmen wieder angelegt werden. Manche Geldsystemkritiker halten den Zinseszinsseffekt für eine Ursache der Schuldenkrise, da sich hierdurch Schulden wie Vermögen im Zeitverlauf exponentiell vermehren und irgendwann geradezu explodieren. Diese Ansicht ist nicht unumstritten. Sicher ist jedoch der Umverteilungseffekt: In allen Preisen sind die Kreditzinsen von Unternehmern und Immobilienbesitzern kalkulatorisch enthalten und werden letztlich vom Verbraucher bezahlt. Sie fließen denjenigen zu, die „ihr Geld für sich arbeiten lassen“. Je höher die Schulden- und Vermögensberge werden, desto größer ist der Umverteilungseffekt durch den Zins.

### Die Politik und die Schuldenspirale

Die neoliberalistische Finanz- und Wirtschaftspolitik der westlichen Industrienationen hat in den letzten 20 Jahren den Umverteilungsprozess u.a. durch

Deregulierung der Finanzmärkte und Steuerentlastungen beschleunigt. Dieser Effekt ist dort am stärksten, wo die staatlichen Strukturen es den Vermögenseliten erlauben, sich ihrem Beitrag zum Erhalt des Gesellschaftssystems zu entziehen – sei es durch Steuerbetrug/Korruption wie in Griechenland und Italien oder durch niedrige Steuersätze mit zahlreichen Vergünstigungen für Kapitalvermögen wie in den USA. Wo die Schere zwischen Arm und Reich durch Steuerpolitik und Lobbyismus besonders stark auseinanderklafft, wird der Staat am schnellsten zum Schuldenmonopolisten. Diese Überlegungen machen deutlich, warum der ständig wachsenden Zahl der (Multi-)Milliardäre auch ein immer größer werdender Schuldenberg gegenübersteht. Die Staaten sind das letzte Glied in der Kette, da diese die Schulden der Banken übernehmen, wenn die breite Masse der ärmer werdenden Bevölkerung (oder erfolglose Spekulanten) ihre Schulden nicht mehr bedienen können.

Die Subprime-Krise mit der daraus resultierenden Überschuldung zunächst der Kreditnehmer, dann der Banken und schließlich der Staaten war der vorläufige Höhepunkt dieser Schuldenspirale. Ohne ein Prophet zu sein, lässt sich voraussagen, dass es nicht der letzte war, „um das System zu retten“.

## Wege aus der Schuldenkrise

Wir leben also in einem System der doppelten Buchführung. Der Gesamtsumme der Schulden steht also eine ebenso große Summe von Vermögen gegenüber. Sollen die Staatsschulden reduziert werden, ist zwingend auch eine Forderung nach weniger Vermögen der Gläubiger verbunden. Weniger Schulden gleich weniger (Geld-)Vermögen! Nur weil uns Schulden als etwas Schlechtes und Guthaben als etwas Gutes erscheinen, heißt das nicht, dass wir nur eine Seite der Bilanz verringern können. Es ist also offensichtlich, dass mit der Verringerung von Schulden auch eine Reduzierung von Vermögen einhergehen muss. Damit wird gleichzeitig virtuelles Geld („Giralgeld“) vernichtet. Politik und Wirtschaft müssten ein Interesse daran haben, dieses Geld zu einem möglichst kleinen Bestandteil dem (Real-)Wirtschaftskreislauf zu entziehen, denn sonst droht Deflation.

Grundsätzlich ist es möglich, da die Flutung der Finanzmärkte mit Geld (auch, aber nicht nur durch die Zentralbanken) inzwischen zu einem Geldvolumen geführt hat, das nach aktuellen Schätzungen etwa zehnmal höher ist als die durch die reale Wirtschaft geschaffenen Sachwerte. Die Frage ist also, wie man das Geld dort vernichtet (d.h. zur Schuldenreduzierung heranzieht), wo es quasi zum Selbstzweck der Geldvermehrung herumvagabundiert. Und unmittelbar damit verbunden stellt sich die nächste Frage – vor der die handelnden Akteure am meisten Angst haben – ist dies möglich, ohne dass das gesamte Finanzsystem zusammenbricht?

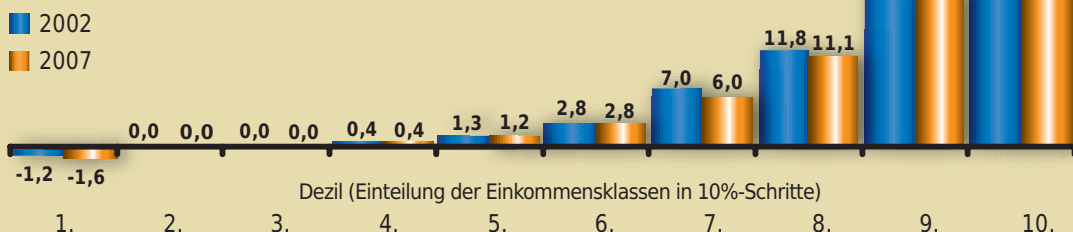
### Möglichkeiten der Entschuldung

Diese Zusammenhänge sind wichtig, um die zurzeit präferierte Lösung des Sparens als Mär zu entlarven. Sparen heißt nichts anderes als Ausgaben kürzen – entweder für Investitionen oder für Konsum. Beide Faktoren sind aber Stützpfiler un-

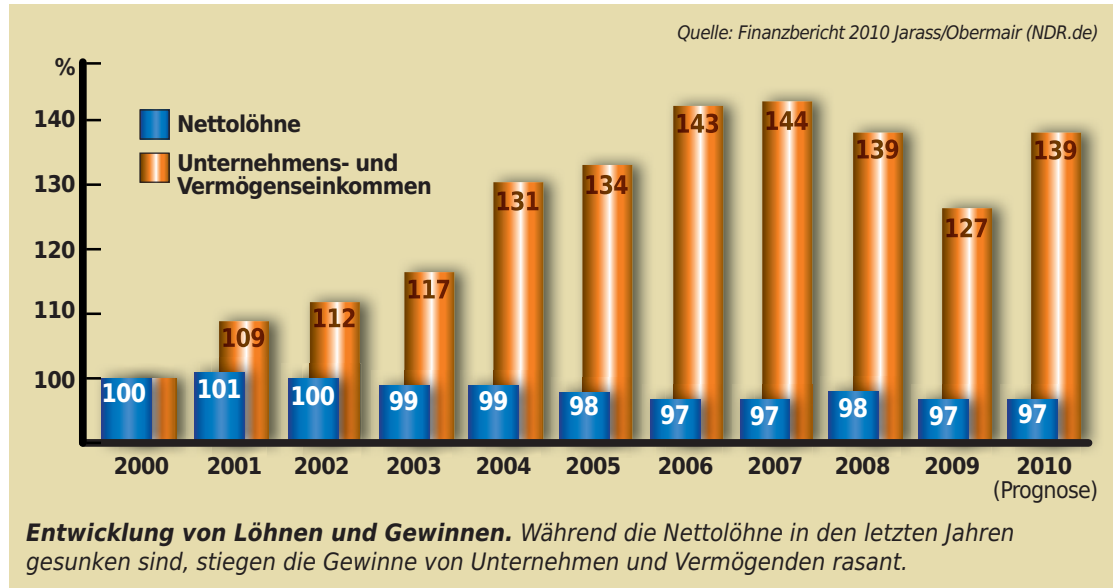
**Prozentuale Vermögensverteilung in Deutschland in den Jahren 2002 und 2007.** Während das Vermögen der ärmsten 10% der Bevölkerung in den 5 Jahren abgenommen hat, stieg es bei den Reichsten der Reichen weiter an. Demnach besaßen nach verschiedenen Berechnungen des DIW die reichsten 10% der Bevölkerung ab 17 Jahre 2007 zwischen 61 und 66% des Gesamtvermögens, die reichsten 0,1% (etwa 70.000 Personen) bereits mit 1.627 Milliarden Euro fast ein Viertel des Gesamtvermögens.

Die ärmere Hälfte der Bevölkerung (etwa 35 Mio. Personen) besaß mit 103 Milliarden Euro dagegen nur 1,4% des Gesamtvermögens und damit weniger als die zehn reichsten Deutschen im selben Jahr (113,7 Milliarden). Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung hatten 2007 kein oder nur geringes Vermögen.

Quelle: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin







seres Wirtschaftslebens, das auf der anderen Seite die Staatseinnahmen generiert. Was mit diesen geschieht, wenn nur gespart – also gekürzt – wird, sehen wir zurzeit in allen Krisenländern. So wie die Staatsverschuldung unser Wirtschaftswachstum (künstlich) angetrieben hat, so führt Sparen zur gleichen Dynamik, bloß in die andere Richtung. Die Konjunkturprogramme in 2008 und 2009 wurden übrigens damit begründet, dass die Ausgabenkürzungsprogramme in den Jahren 1930-1932 in Deutschland zu Massenarbeitslosigkeit führten. Wie kann diese Argumentation innerhalb von drei Jahren falsch werden? Eine (Staats-)Entschuldung kann also nur zu Lasten eines Schrumpfens anderer möglichst realwirtschaftsferner Vermögenswerte erzielt werden, wenn eine Deflation vermieden werden soll. Auf einer höheren Ebene sind nur drei Modelle denkbar:

- 1. Streichen von Schulden** und den ihnen gegenüber stehenden Guthaben (Schuldenschnitt)
- 2. Vergrößerung der Staatseinnahmen durch höhere Steuern oder Abgaben** (auch einmalige) auf Vermögenswerte und/oder Einkommen
- 3. Inflation** (als Geldentwertung, die gezielt verursacht wird durch Geldmengenwachstum, das größer ist als der Produktivitätszuwachs der Realwirtschaft)

Andere Lösungen – außer einer Währungsreform – gibt es meiner Ansicht nach nicht. Die Frage ist also nur, mit welchen Mitteln und in welchem Zeitraum der Prozess des „Schulden- und Vermögen-Vernichtens“ stattfinden sollte.

● **Der Schuldenschnitt** Der radikalste Weg ist der sogenannte Schuldenschnitt, bei dem sich von einem auf den anderen Tag die Kredite der Schuldner und die Vermögen der Gläubiger um den gleichen Betrag reduzieren. Dies träfe vor allem die Inhaber größerer Staatsanleihen-Pakete: Banken und Versicherungen. Hiervon wäre der normale Sparer insofern betroffen, als Lebensversicherungen oder ähnliche Anlageprodukte für die Altersvorsorge ebenfalls an Wert verlieren. Jedoch würde es am stärksten Banken treffen. Die damit einhergehenden Verluste würden das ohnehin spärliche Eigenkapital auffressen. Bankenpleiten wären wahrscheinlich die Folge, damit verbunden natürlich auch die Notwendigkeit einer erneuten Bankenrettung. Wenn man es diesmal allerdings anders – meines Ermessens richtiger – macht (nämlich Kapitalisierung der Banken in Form echten Eigenkapitals und damit voraussichtlich Anteilsmehrheit des Staates; siehe Schweden in den 90er Jahren), bietet diese „Katastrophe“ aber auch eine Chance. Man könnte nämlich mögliche politische Ziele der Bankenregulierung (zum Beispiel Maßnahmen gegen das

„too big too fail“ oder Begrenzung des Derivatemarktes bis hin zum Verbot von Geldwetten ohne realwirtschaftlichen Bezug) als Eigentümer leichter und schneller umsetzen. Diese Variante könnte jedoch unser heutiges Finanzsystem zusätzlich dadurch erschüttern, dass bei einem Schuldenausfall (im Gegensatz zum „freiwilligen“ Schuldenverzicht im Falle Griechenlands) die im letzten Jahrzehnt auch auf Staatsanleihen immer zahlreicher gewordenen Kreditausfallversicherungen (sog. CDS) fällig werden würden. Da dieser Markt bis heute nicht transparent geregelt wurde, weiß niemand, wer in welcher Höhe dadurch Ausfälle zu erleiden hätte. Allein das Volumen der gehandelten CDS lässt jedoch darauf schließen, dass Massenpleiten von größeren Finanzmarkt-Teilnehmern die Folge wären (insbesondere Banken und deren Zweckgesellschaften sowie Hedgefonds). Die Angst vor dem damit einhergehenden Dominoeffekt erklärt auch, warum bisher auf die Freiwilligkeit des Schuldenverzichts so großer Wert gelegt wurde.

● **Höhere Einkommens- und Vermögensabgaben** Einmalige Vermögensabgaben in nennenswerter Höhe eignen sich ebenfalls zu einer kurzfristigen Schuldentilgung. Diese würden sich allerdings vornehmlich wohl auf immobile Sachwerte beziehen, da die meisten anderen Vermögenswerte leicht zu transferieren sind und eine

global einheitliche Vorgehensweise illusorisch erscheint. Hiermit träfe man also eher die Eigentümer von Immobilien und Betriebsvermögen, die nicht identisch sein müssen (und wahrscheinlich auch nicht sind) mit den Besitzern der großen Geldvermögen – also den Staaten-Gläubigern. Eine langsamere Variante ist die jährliche Besteuerung größerer Vermögen und Einkommen. Die Dauer der hierdurch möglichen Schuldentilgung richtet sich nach der Höhe der zusätzlichen Besteuerung. Je höher diese allerdings ausfällt, desto größer ist das Risiko von Vermögenstransfers und/oder der Verlagerung von Wirtschaftsbetrieben. Da sich auch bei dieser Maßnahme ein international koordiniertes Vorgehen nur schwer vorstellen lässt, muss jeder Staat, der sich für diesen Weg entscheidet, Wettbewerbsnachteile befürchten, die dann wieder unmittelbar das Steueraufkommen sinken lassen. Dies ist der Preis des Kampfes um Wirtschaftswachstum zwischen den einzelnen Nationen, der auch Teil unseres globalisierten Wirtschaftssystems ist. Bei der Umsetzung eines solchen Modells wäre es jedoch außerordentlich wichtig, dass die daraus resultierenden Staatseinnahmen ausschließlich zur Schuldentilgung – also zur Reduzierung der Geldmenge – genutzt werden dürften. Fließen sie in den Wirtschaftskreislauf zurück (etwa als „soziale Wohltaten“), wirken sie dort inflationsstrebend.

● **Inflation** Die langsamste Variante der Schuldentilgung ist die Inflation. Sie greift am schleichendsten in die aktuellen Finanz- und Wirtschaftskreisläufe ein. Es ist naheliegend, dass dies die von der Politik bevorzugte Lösung ist, da ihre Folgen von den heutigen Entscheidungsträgern nicht mehr zu verantworten sein werden. Inflation verlagert die Probleme in die (vielleicht schon nähere) Zukunft und entspricht damit genau dem politischen Handeln, das zu Verschuldung statt Verzicht und zum rücksichtslosen Verbrauch begrenzter Ressourcen geführt hat. Inflation re-

duziert die Kaufkraft von Geldvermögen, so dass diejenigen davon am wenigsten betroffen sind, die Sachwerte besitzen (unter anderem Immobilien, Aktien und Rohstoffe wie etwa Gold) – also durch andere Wertanlagen aus dem Geldsystem ausgestiegen sind. Demgegenüber verlieren alle Sparguthaben sowie alle Geldversprechen für die Zukunft (zum Beispiel Lebensversicherungen und Renten) an Wert. Da eine steigende Anzahl von Menschen nur noch begrenzte Mittel hat, die sie in Sachvermögen investieren kann, ist Inflation die größte Armutsfalle der Zukunft. Durch den Kaufkraftverlust kann unter anderem der Mittelstand immer weniger zum Wirtschaftswachstum beitragen, so dass auch er zunehmend verarmt. Inflation schützt also insbesondere die Vermögen, die am leichtesten und schnellsten transferierbar sind (in Sachwerte, andere Währungen etc.). Letztlich sollte den politisch Handelnden klar sein, wie schwer es sein dürfte, eine Inflation mit geldpolitischen Maßnahmen exakt zu steuern. Unabhängig davon, ob man sich „in der Theorie“ für eine langsamere Variante von 3 bis 5 Prozent oder für eine zügigere von 6 bis 8 Prozent Inflation entscheidet, kann irgendwann der Punkt kommen, wo sich die Lohn-Preis-Spirale so schnell

dreht, dass der Kreislauf kaum noch zu bremsen ist. Was in einem solchen Szenario auch vom Mittelstand noch übrig bleibt, zeigen die Erfahrungen der Vergangenheit.

## Zusammenfassende Beurteilung

Zunächst einmal verdeutlichen alle diese Überlegungen, dass es keine schmerzfreie Lösung mehr gibt. Die Frage ist jedoch, wann und bei wem die Schmerzen auftreten sollen. Versucht man diejenigen zur Lösung der Schuldenkrise heranzuziehen, die sie mitverursacht und am meisten davon profitiert haben, ist die Gefahr eines Zusammenbruchs unseres heutigen Finanz- und Geldsystems und damit wohl auch unseres Wirtschaftssystems am größten. Versucht man die Nutznießer dieses Systems möglichst zu schonen, um das System nicht zu gefährden, werden weiterhin diejenigen die Lasten tragen, die davon am unmittelbarsten in ihrem eigenen Lebensstandard betroffen sind. Jeder der aufgezeigten Wege kann früher oder später zu einem Systemcrash führen, schon allein weil nicht klar ist, ob sich dieser überhaupt noch verhindern lässt. In der heutigen Zeit der Dauer-Krisengipfel muss die Frage erlaubt sein, ob diejeni-

gen, die auf dem Standpunkt stehen, dass es keine Möglichkeit mehr gibt, dieses Finanz- und Geldsystem noch zu retten, da der „point of no return“ bereits überschritten ist, allesamt unreflektierte Anhänger eines Weltuntergangsszenarios sind? Der Schuldenschnitt beinhaltet sicherlich das größte Risiko, sehr schnell einen Systemcrash herbeizuführen. Er entspricht damit am ehesten der Forderung nach einem „lieber ein Ende mit Schrecken als einem Schrecken ohne Ende“. Aber auch die Inflationsvariante birgt mittel- bis langfristig diese Gefahr. Sie führt letztlich zu einer weiteren Bedürftigkeit der Menschen am Existenzminimum, so dass hier bürgerkriegsähnliche Zustände verbunden mit dem Ruf nach „dem starken Mann“ die Folge sein könnten. Ist das wirklich die bessere Alternative? Jede Form der höheren Besteuerung bis hin zur Teilenteignung der vermögendsten Bevölkerungsschicht hat voraussichtlich die wenigsten systemgefährdenden Elemente. Sie ist aber nach heutigem Stand wohl auch die unwahrscheinlichste der Varianten. Da der Wettkampf der Staaten um Vermögen und Unternehmen wohl auch weiterhin im Wesentlichen über Steuerwohl-taten geführt werden wird, und es bereits weltweite Umverteilungskämpfe um Realvermögen gibt, sehe ich keine Regierung, die diesen Weg wagen würde. Da diese Bewertung der dargestellten Entschuldungs-Wege das Inflationsszenario politisch am wahrscheinlichsten erscheinen lassen, sollen die folgenden Ausführungen Spielräume beleuchten, die es bei der Ausgestaltung gibt.

## Gestaltungsmöglichkeiten des Inflationsszenarios

Wenn wir uns also für Inflation und damit für ein Geldmengenzunahme entscheiden, das oberhalb der Steigerung des BIP liegt, sollte man sich die folgenden beiden, eng zusammenhängenden Fragen stellen:

*Der Domino-Effekt der Finanzmärkte: Welche Nation fällt als nächste?*

- Wer finanziert künftig die Staatsschulden? (Zentralbanken versus Geschäftsbanken)
- Wer soll dieses Geld schöpfen? (Zentralbankgeld versus Giralgeld)

Wie ist es heute? Staaten finanzieren sich über den so genannten Primärmarkt, zu dem nur ein bestimmter Kreis von Geschäftsbanken Zutritt hat. Diese leihen dem Staat Geld und kassieren dafür die jeweils marktüblichen Zinsen, die sich überwiegend nach Bonität des Staatsschuldners sowie Laufzeit richten. Dieses Geld können die Banken entweder selbst schöpfen (= Giralgeld; z.B. durch Verkauf von Wertpapieren) oder sie leihen es sich von den Zentralbanken (= Zentralbankgeld) zum gerade aktuellen „Hauptrefinanzierungssatz“ (zurzeit 1 Prozent). Die Zinserträge (bei Zentralbank-Geld die Zinsdifferenz) sind Gewinn der Bank und erhöhen ihr Eigenkapital. Darüber hinaus ist nach den geltenden gesetzlichen Regelungen für die Finanzierung der Staaten – also dem Kauf von Staatsanleihen durch die Banken – kein Eigenkapital der Banken erforderlich. Man kann davon ausgehen, dass dies politisch gewollt war und ist. Und es geht noch weiter: Diese Staatsanleihen können (und zwar unabhängig von der Zahlungsfähigkeit des Schuldnerstaats) als Sicherheit bei den Zentralbanken hinterlegt werden, um damit neues Zentralbankgeld zu leihen. Wie könnte eine Alternative aussehen? Der oben beschriebene Zinsgewinn der Banken ist vollkommen risikolos, solange sichergestellt ist, dass der Staat seine Schulden bedient. Alle Rettungsschirme und sonstigen Entscheidungen der letzten EU-Gipfel sollen genau diese Garantie geben (Ausnahme: der freiwillige Schuldenschnitt Griechenlands). Wenn „die Märkte“ also überzeugt werden sollen, dass der Ausfall einer Staatsanleihe durch entsprechende Bürgschaften ausgeschlossen wird, wodurch rechtfertigt sich dann der Zinsgewinn der Banken? Warum soll die Inflationsgefahr







## Alternative Finanzsysteme

Die Alternativsysteme unterscheiden sich einerseits dadurch, ob sie einen Systemwechsel „im laufenden Geschäftsbetrieb“ als möglich ansehen oder auf den „Trümmern eines System-Crashes“ aufsetzen. Andererseits drehen sie an unterschiedlichen Stellschrauben, in Abhängigkeit davon, was sie als Hauptmangel des aktuellen Systems ansehen. Drei Mängel werden immer wieder diskutiert:

- die ausufernde Geldschöpfung durch Banken
- das Zinssystem an sich (Zinseszinsseffekt und der „fehlende Zins“ bei der Geldschöpfung)
- Geld ist sowohl Tauschmittel als auch Wertaufbewahrungsmittel (das bedeutet: Durch Sparen wird Geld dem Wirtschaftskreislauf entzogen. Die fehlenden Mittel müssen durch neue Schulden „kompensiert“ werden. Je ungleicher die Vermögensverteilung, desto mehr Geld wird in Finanzprodukten gehortet.)

Folgende Modellalternativen werden unter Systemkritikern am intensivsten diskutiert:

- die Monetative und das Vollgeldsystem
- Freiwirtschaftslehre nach Silvio Gesell
- Plan B der Wissensmanufaktur

**Die Monetative** ([www.monetative.de](http://www.monetative.de)) beschreibt ein Geldsystem, bei dem die Geldschöpfung ausschließlich durch eine unabhängige vierte Kraft im Staat (die „Monetative“) erfolgt und nicht mehr auf Schulden

basiert. Deren Vertreter gehen davon aus, dass ein Systemwechsel jederzeit möglich ist. Neben dem Vollgeldsystem sind Regiogeld-Systeme ausdrücklich erwünscht.

Im Mittelpunkt der **Freiwirtschaftslehre** steht der Verzicht auf Privateigentum an Boden sowie ein umlaufgesichertes Geldsystem. Letzteres bedeutet, dass das im Umlauf befindliche Geld im Zeitverlauf abgewertet wird – also eine Art negativer Zins. Freiwirtschaftler verweisen gern auf „das Wunder von Wörgl“ ([www.zeit.de/2010/52/Woergl](http://www.zeit.de/2010/52/Woergl)). Regional werden umlaufgesicherte Geldsysteme bereits eingesetzt ([www.regiogeld.de](http://www.regiogeld.de)). Das Bekannteste ist der „Chiemgauer“.

**Der Plan B** ([www.wissensmanufaktur.net/plan-b](http://www.wissensmanufaktur.net/plan-b)) geht über Vorschläge zum Finanzsystem hinaus und fordert ein umfassendes neues gesellschaftspolitisches System. Er rechnet mit einem Zusammenbruch des jetzigen Finanzsystems. Kritiker der Wissensmanufaktur meinen, in manchen Formulierungen und Forderungen totalitäre Tendenzen zu erkennen.

Wer jetzt sein Interesse entdeckt hat, sich an der Gestaltung dieser und ähnlicher Themen zu beteiligen: Die „AG Geldordnung und Finanzpolitik“ in der Piratenpartei beschäftigt sich vorrangig mit Alternativen zum jetzigen Geld- und Finanzsystem. Politische Maßnahmen zur Reform unseres Wirtschaftssystems werden dagegen in der „AG Wirtschaft“ diskutiert.

höher sein, wenn das Geld von der Zentralbank direkt an die Staaten wandert, als wenn bei diesem Geldtransfer die Banken zwischengeschaltet sind? Der einzig denkbare Grund kann ja nur die Höhe des Marktzins sein, der disziplinierend auf das Ausgabeverhalten der Staaten wirken soll. Wenn aber die Zinshöhe das einzige Steuerungsinstrument ist, dann kann auch die Zentralbank unterschiedliche hohe Zinsen für die Anleihen verschiedener Staaten erheben. Die Zinshöhe resultiert aus der Bonität eines Staats, die größtenteils zum einen von der Höhe der Staatsverschuldung und zum anderen von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (z.B. Wirtschaftswachstum oder Handelsbilanz oder ähnliches) abhängt. Der viel kritisierten Abhängigkeit von amerikanischen Ratingagenturen könnte dadurch begegnet werden, dass ein transparentes Alternativ-Rating aufgebaut wird, in das die gleichen ökonomisch relevanten Parameter zur Beurteilung der Staatsbonität einfließen. Diese steuern dann den Zinssatz, zu dem sich Staaten bei der EZB finanzieren können. Mit dem entscheidenden Unterschied, dass keine (nahezu risikolose) Zinsdifferenz mehr bei den Banken hängenbleibt. An dieser Zinsdifferenz verdienen dann die EZB und damit der Steuerzahler, der letztlich ja auch über die Rettungsschirme das Ausfallrisiko trägt und nicht mehr die „privaten Gläubiger“, die sich mit Hinweis auf die Systemrisiken in der Regel der Haftung entziehen. Weitere differenziertere Modelle sind vorstellbar: Um rasch zu einer Tilgung der Alt-

schulden zu kommen, könnten für einen bestimmten Anteil der kurzfristig fälligen Altschulden Anleihen ausgegeben werden, die einen extrem niedrigen Zinssatz (z.B. 1%), dafür aber eine hohe jährliche Tilgung vorsehen (z.B. 3-5%), und das bei einer Laufzeit von etwa 20-30 Jahren. Auf diese Weise würde eine Gesamtbelastung erreicht, die in etwa auf der Höhe der heutigen Marktzinsen für Staatsschuldner mit schlechter Bonität liegt, aber langfristig zu einem sukzessiven Abbau der Altschulden führt. Es soll aber auch nicht unerwähnt bleiben, dass in diesem Modell noch für weitere Fragen Lösungen zu finden sind. Beispielsweise ist es wohl notwendig, einen Sekundärmarkt für diese Kredite zu organisieren, auf dem auch andere Marktteilnehmer in Staatsanleihen investieren können. Andernfalls würde man konservativ orientierten Anlageformen zur Alterssicherung (wie Lebensversicherungen, Pensionsfonds) eine ganz wesentliche Anlageklasse nehmen. Dies würde wiederum Anreize schaffen, neue „kreative“ Finanzinstrumente zu erfinden, die man ja eigentlich reduzieren möchte. Bei diesen oder ähnlichen Modellen der ausschließlichen Finanzierung mit Zentralbank-Geld stellt sich natürlich die Frage, ob eine EZB dauerhaft unabhängig genug ist, um so etwas wie eine disziplinierende Geldmengensteuerung gegenüber den Begehrlichkeiten der politischen Führungen in den einzelnen Ländern gewährleisten und aufrecht erhalten zu können. Glaubt man dies nicht, muss man andere Wege finden, eine Institution zu schaffen, die die Geldmenge politisch unabhängig steuert und ausschließlich (verfassungsrechtlichen?) Regeln unterworfen ist.

### Was bleibt: Die Systemfrage

Die dargestellten Gedanken richten sich überwiegend darauf, welche Möglichkeiten gegenzusteuern es innerhalb des Systems gibt. Zunehmend mehr Menschen haben jedoch Zweifel daran, ob dieses System dauerhaft überlebensfähig ist.



*Bank-Crash: Das Risiko trägt die Gesellschaft, den Gewinn streichen die Aktionäre ein.*

# Bürgerinitiative auf europäisch

CC-BY-SA Thomas Gaul

Neues kommt am 1. April 2012 auf Europa zu. Nein, natürlich soll dies kein Aprilscherz sein – es handelt sich um ein Instrument, das dem Bürger innerhalb der Europäischen Union eine verbesserte Möglichkeit zur „Mitsprache“ geben soll, die sogenannte „Europäische Bürgerinitiative“ (EBI).

Nichts neues, macht der Bundestag ja auch. Nun ja, so etwas gibt es jetzt auf europäischer Ebene. Ist dies gut für den Bürger oder ist das ein Placebo? Dieses Urteil darf sich gerne jeder selbst bilden. Dazu nun einige Anregungen, Fakten, Erläuterungen und Anmerkungen.

**? Wer kann bei einer Europäischen Bürgerinitiative mitmachen?**

Jeder Bürger der Europäischen Union.

**? Kann jeder eine Initiative starten?**

Frei nach Radio Eriwan: Im Prinzip ja – vor der Einreichung muss ein Bürgerausschuss gebildet werden, dessen Vertreter als Kontaktperson dient. Dieser Ausschuss besteht aus mindestens sieben Bürgern, die aus mindestens sieben Mitgliedsstaaten

## EU Eine neue Art der Bürgerbeteiligung in der Europäischen Union – eine Verbesserung für den Bürger? Und wie funktioniert das?

kommen, er hat in einem Mitgliedsland seinen Sitz. Nach ihrer Gründung wird die Initiative bei der Europäischen Kommission eingereicht, überprüft und registriert.

**? Wird jede Initiative von der Europäischen Kommission registriert?**

Sicherlich wird jede Initiative registriert, nach genauer Überprüfung, ob auch alle vorgegebenen Kriterien erfüllt sind:

- die Zusammensetzung des Bürgerausschusses muss den Vorgaben der EU entsprechen,
- die Initiative muss im Einflussbereich der Europäischen Kommission sein,
- sie darf nicht offensichtlich missbräuchlich, leichtfertig oder böswillig sein,
- sie darf nicht offensichtlich gegen Werte der Europäischen Union verstoßen.

Ist mindestens eine Bedingung nicht erfüllt, wird die Registrierung zurückgewiesen.

**? Wieviele Unterschriften werden benötigt?**

Eine Million Unterschriften aus einem Viertel der Mitgliedsstaaten, somit derzeit mindestens sieben. Die Anzahl der benötigten Unterschriften je Mitgliedsland wird nach einem Schlüssel berechnet (750 mal Anzahl an Mitgliedern im Europäischen Parlament). Hiernach braucht es allein innerhalb der Bundesrepublik Deutschland 74.250 Unterschriften für eine europäische Petition. Im Vergleich dazu sind in Deutschland für eine landesinterne Eingabe 50.000 Unterschriften nötig.

**? Was für Angaben muss ich machen?**

Unterschrift mit Wohnanschrift, Geburtsdatum und Name.

**? Kann ich meine Unterschrift auch im Internet leisten?**

Eine Abgabe der „Unterschrift“ im Internet ist geplant. Der Bürgerausschuss stellt dazu ein Online-System auf und lässt sich die Zulässigkeit bei der zuständigen Behörde des jeweiligen Mitgliedsstaates bestätigen.

Zur Vereinfachung stellt die Europäische Kommission eine Open-Source-Software zur Verfügung.

**? Was passiert mit meinen Unterschriften nach Beendigung der EBI?**

Wie bei jeder anderen Petition wird die Unterschrift überprüft. Das heißt, die abgegebenen Daten werden vom jeweiligen Mitgliedsland spätestens ein Jahr nach Beginn der Initiative auf Gültigkeit überprüft. So lange sind sie zwischengespeichert.

**? Was passiert, wenn die Initiative erfolgreich ist?**

Hier wird es spannend. Der Bürgerausschuss ist gehalten, den Inhalt der Initiative an die Europäische Kommission zu übergeben. Jetzt hat sie drei Monate Zeit zu überlegen, wie sie reagieren möchte. So wird sie die Initiatoren auf einer „angemessenen Ebene“ treffen, damit diese ihr Anliegen erklären dürfen.

Auch eine öffentliche Anhörung beim Europäischen Parlament wird organisiert, damit die Initiatoren ihre Eingabe vorstellen können.

**? Was wird die Europäische Kommission nach der Anhörung machen?**

Das Europäische Parlament befragen? Nein, natürlich nicht. Das Europäische Parlament hat derzeit noch nicht den notwendigen Einfluss dazu, denn es hat kein Initiativrecht und kann nur symbolische Maßnahmen beschließen. Jetzt liegt es an der Europäischen Kommission, eine Antwort an die Initiatoren der EBI zu geben. Die Antwort wird in der Art erfolgen, wie es die Kommission vorher angekündigt hat. Diese Antwort muss enthalten:

- welche Schlussfolgerungen die Europäische Kommission zieht,
- welche Maßnahmen sie ergreifen will,
- und falls Maßnahmen ergriffen werden, mit welcher Begründung das passiert.





## ? Ist die EBI im Gesamtverfahren transparent?

Natürlich ist das Verfahren transparent. Schließlich muss die Bürgerinitiative Auskunft geben. Sie muss über ihre Unterstützer informieren, ebenfalls über ihre Finanzierungsquellen. Inwieweit die Kommission den Gesamtprozess transparent gestalten wird, dürfte abzuwarten sein.

Jetzt wird jeder Leser bestimmt sagen: „Das liest sich doch gut!“. Gewiss, diesen Eindruck darf auch jeder haben, denn es ist immer in Ordnung, wenn der Bürger verbesserte Möglichkeiten erhält, seine Stimme zwischen Wahlterminen in die Meinungsbildung und Gesetze einzubringen.

Weitere Aspekte der EBI: Schließlich ist die Europäische

Union kein Zusammenschluss von identischen Staaten. So ist zu bedenken, dass allein bei Prüfung der Zulässigkeit der „Unterschriften“ schon mit unterschiedlichem Maß gemessen wird. Beispielsweise ist das Wahlrecht nicht einheitlich geregelt. In einigen Staaten muss eine Identifikationsnummer angegeben werden, in anderen nicht, und es bleibt abzuwarten, wie streng die Mitgliedsstaaten die Überprüfung handhaben werden.

Eine zusätzliche Hürde ist der Kostenfaktor. Denn noch ist nicht geklärt, wieviel Geld die Initiatoren einer EBI in die Hand nehmen müssen; denn nahezu alles muss von Bürgerrausschuss bezahlt werden. Das fängt mit einem Server an, auf dem die Unterstützerunterschriften gesammelt werden. Nach deutschem Recht muss ein

Datenschutzbeauftragter eingeschaltet werden. Jede Übersetzung in eine andere Sprache will finanziert werden. Weitere Kosten fallen auf EU-Ebene und Mitgliedstaaten an. Interessanterweise müssen die Kosten für Zertifizierung der Software und die Überprüfung der „Unterschriften“ vom jeweiligen Mitgliedsstaat getragen werden – obwohl es um EU-Belange geht. Wobei festzuhalten bleibt: „das Haftungsrisiko für eine Initiative liegt beim Bürgerrausschuss!“

Ein Unterschied zu den in Deutschland üblichen Petitionen beim Bundestag sollte hier noch hervorgehoben werden: jeder – im wahren Sinne des Wortes von: „jeder“ – darf beim Bundestag als Petent dabei sein. Bei der EBI sind nur Wahlberechtigte der EU entsprechend der Landesbestimmungen der Mitgliedsstaaten zugelassen!

Weitere Dinge ließen sich noch anführen. Jedoch kann man bereits jetzt erkennen, wie „einfach“ eine EBI sein wird. Sicherlich wird es erforderlich sein, sich über Staatsgrenzen hinweg gut zu organisieren und zu vernetzen, um einer neuen Europäischen Bürger Initiative zum Teilerfolg mit dem Prädikat: „Ist als EBI zugelassen“ zu verhelfen.

Nebenbei bleibt festzuhalten, dass derzeit innerhalb der EU noch fleißig am Gesamtkonzept gearbeitet wird, um zum 1. April 2012 an den Start gehen zu können. Und bestimmt kann man anfangen, darüber nachzudenken, welches die erste Europäische Bürgerinitiative werden kann. Vielleicht ist es ja das aktuelle Thema ACTA, das die Bürger aufnehmen werden? Bitte dazu den nachfolgenden Artikel lesen und nachdenken!

[1] Verordnung: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:065:0001:0022:DE:PDF>

[2] Software für die Unterschriftensammlung seitens der Europäischen Kommission <https://joinup.ec.europa.eu/software/ocs/release/100>

[3] Durchführungsverordnung <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:301:0003:0009:DE:PDF>

[4] Webseite der EBI ab 27.01.2012 <http://ec.europa.eu/citizens-initiative>

# Der ACTA-Pakt

CC-BY-SA Stefan Müller

Geschaffen von der Bonuskassierer-Elite: Das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) ist ein internationales Handelsabkommen, das im Frühjahr 2012 nach jahrelangen „Beratungen“ weltweit bei Regierungen und der EU zur Ratifizierung ansteht. Es greift vielfältig in traditionelle Eigentumsrechte ein, damit Kultur, Tradition, Medizin und Pflanzensaatgut nun von Großkonzernen zu Konzerneigentum gemacht, unlizenzierte Produkte ruckzuck vernichtet und viel leichter strafrechtlich verfolgt werden können. Auch per Eingriff in die freie Internetstruktur. Hier die wichtigsten Kritikpunkte:

**Vage und top secret:** Es wurde hochgeheim und in einem undemokratischen Prozess einseitig mit Vertretern der Großkonzerne und Medienindustrie ausgehandelt. Die teilnehmen-

den Nationen bzw. Staatenbünde wollen mit ACTA internationale Standards im Kampf gegen Produktpiraterie und Urheberrechtsverletzungen etablieren, in Deutschland wird es deshalb auch häufig als Anti-Piraterie-Abkommen bezeichnet. Aber es ist viel, viel mehr, richtet sich etwa gegen billige AIDS-Medikamente für Afrika oder Bauern, die ihre Saat selbst züchten! Nach zig Verhandlungsrunden ist das Dokument vage und wolkig, aber nach wie vor hochproblematisch. Jeder kann zum Täter und Verbrecher werden!

### Kernelement Providerhaftung:

Dazu greift ACTA tief in die Rechtsbeziehungen ein: Internet-Zugangsanbieter sollen stärker in die Haftung genommen werden, wenn ihre Kunden Urheberrechte verletzen. Nach Meinung von ACTA-Kritikern führt dies quasi zwangsläufig zu stär-

kerer Zensur und Abschaffung der freien Struktur des weltweiten Mitmach-Datennetzes. Verbraucher kennen beispielsweise „Dieses Youtube-Video ist nicht in deinem Land verfügbar“, solche Fehlermeldungen werden mit ACTA nicht nur auf Youtube, sondern auf Facebook, Google und vielen anderen Webdiensten auftauchen. Viele Angebote werden sich wandeln, das Internet ändert sich in ein Massenmedium ohne Mitmach-Möglichkeit.

### Kurzer Prozess:

Ausserdem werden internationale Verbraucher-Bestellungen schneller vernichtet, wenn Marken- oder Rechteinhaber Protest anmelden. Auch am Flughafen könnte einem das illegale Pseudo-Markenshirt mit ACTA-Recht noch schneller als bisher vom Leib gerissen werden oder beim Zoll wird das Auslandspaket noch fixer ohne Rücksprache

geschreddert. Weil Copyright! Verpasster Flug, Extra-Verhör, Handy- und PC-Durchsuchung. Der Rechtsweg wird abgeschafft, ACTA schafft im intransparenten ACTA-Komitee eine Weltherrschaft des Großkapitals über „geistiges Eigentum“ aller Art als Lobbyrecht!

### Proteste global:

Mittlerweile formiert sich überall Widerstand. Die Menschen erfahren erst jetzt vom ACTA-Unrecht und den schwierigen, raffiniert vernebelten Entrechtungen, die hochbezahlte Anwälte im geheimen Konzern-Auftrag ausgeheckt haben. In Polen gab es im Januar Straßenschlachten in mehreren Städten. In vielen deutschen Städten wurde im Februar, bei bibbernder Kälte gegen ACTA zu Demos aufgerufen. Informiert euch, informiert andere, spricht mit anderen überall über ACTA!

# Dampfen statt Rauchen

**Sucht** Die Gefahren des Passivrauchs führen zu immer strikteren Rauchverboten in öffentlichen Räumen. Die Hoffnung vieler Nikotinabhängiger konzentriert sich nun auf sogenannte E-Zigaretten. Aber auch die Verwendung dieser elektronischen Verdampfer ist nicht unumstritten.

CC-BY-SA Volker Kunze

**Dihydrogenmonoxid birgt unter anderem folgende Gefahren:**

- Als sogenannte „Hydroxylsäure“ ist es ein Hauptbestandteil von saurem Regen
- Es trägt zur Bodenerosion bei
- Es trägt zum Treibhauseffekt bei
- Es beschleunigt Korrosion und den Ausfall elektrischer Einrichtungen
- Übermäßige Einnahme kann zu verschiedenen unschönen Auswirkungen führen
- Längerer Kontakt mit DHMO in festem Zustand bewirkt schwere Gewebeschäden
- Einatmen, schon in kleinen Mengen, kann zum Tode führen
- Sein gasförmiger Zustand kann schwere Verbrennungen hervorrufen
- Es wurde in den Tumoren von Krebspatienten im Endstadium entdeckt
- Bei Süchtigen führt ein Entzug innerhalb von 168 Stunden zum sicheren Tod

*Ungeachtet dieser schwerwiegenden Gefahren halten Regierung und Konzerne dennoch an dem verbreiteten Einsatz fest.*

Wem es noch nicht aufgefallen sein sollte, die Rede ist von Wasser! Dieser Absatz kam mir in den Sinn, als ich die letzten Wo-

chen die Meldungen zum Thema „E-Zigarette“ reflektierte. Mein Eindruck war, dass hier ein Produkt durch beängstigendes Vokabular vollkommen zu Unrecht als Schreckensgespenst aufgebaut wird. Zu einem Gespenst, das sich bei Tageslicht und nüchtern betrachtet, vielleicht sogar als durchaus nützlicher Geist entpuppt.

Meine erste Erfahrung mit der elektronischen Zigarette machte ich zum Jahresende 2006. Damals stand eine Reise nach Indien bevor und ich suchte wegen des Rauchverbots in Flugzeugen eine Alternative zur Zigarette. Damals erfolgte der Vertrieb der E-Zigarette weitestgehend über Multi-Level-Marketing, also über selbstständige Vertriebspartner. Daher war die E-Zigarette recht teuer. Auch gab es nicht die heutige Auswahl (inzwischen weit über 300) an geschmacklichen Alternativen. Als schließlich auch noch der Nachschub stockte und die E-Zigarette ausfiel, kam ich wieder zu den Zigaretten zurück – bis zum September 2011.

Es stand ein Besuch der „Wiesn“ (Oktoberfest) an. Da es Gerüchte gab, dass man nicht wieder ins Zelt hineinkommt, wenn man es einmal (zum Rauchen) verlässt, befasste ich mich wieder mit der

elektronischen Alternative zum Tabakbrand. Mittlerweile waren zahlreiche Foren entstanden, die zum Jahresende 2011 mehr als 27.000 Mitglieder zählten. Hier erfährt man neben Marktentwicklungen auch viel über Einschränkungen und Verbote seitens unterschiedlicher Behörden und Instanzen.

So war zu lesen, dass der Zoll vielfach versuchte, den Import von E-Zigaretten zu verhindern und vermeintliche Gesundheitsförderer vor dem „Dampfen“ und seinen Folgen warnten. Die Argumente gegen die elektronische Zigarette lassen sich auf zwei Grundaussagen reduzieren:

**Senkung der Einstiegschwelle für Minderjährige** („Insbesondere die süßen und fruchtigen Aromen sind bedenklich, da sie vor allem für Kinder und Jugendliche attraktiv sind.“)

Fehlende Studien und Erkenntnisse über **Gesundheitsrisiken der verdampften Liquids**.

Der Hauptbestandteil der genutzten Liquids ist Propandiol. Es ist gemäß DKFZ (Deutsches Krebsforschungszentrum) vom 1.12.2011 „meist als praktisch ungiftig eingestuft“ und als „E1520 (orale Aufnahme) zugelassen“. Es wird seit vielen Jahren unter anderem in Asth-

ma-Inhalatoren verwendet und befindet sich auch als Feuchthaltemittel und Weichmacher in vielen Hautcremes, Zahnpasten und Deos. Allerdings wird es dort oral aufgenommen. Die Inhalation von Propandiol sehen einige Wissenschaftler dagegen als problematisch an.

Da es die E-Zigarette erst seit 2006 gibt, fehlen zur Zeit natürlich noch aussagekräftige Langzeitstudien zur gesundheitlichen Verträglichkeit des E-Rauchens. Allerdings häufen sich in jüngster Zeit Berichte, nach denen die Verwendung von E-Zigaretten eher als unbedenklich einzustufen ist.

Dagegen hatten frühere Meldungen die Harmlosigkeit der Verdampfer in Frage gestellt. So verlautete im Jahre 2009 aus der US-Gesundheitsbehörde FDA, dass sie in vom Zoll beschlagnahmten E-Zigaretten Nitrosamine gefunden hätten. Dieser Befund führte zu einem Einfuhrverbot in den USA. Die FDA-Berichterstattung über die giftigen Substanzen in den E-Zigaretten wurde von Wissenschaftlern deutlich kritisiert. In der Folge





wurde das Einfuhrverbot im Januar 2010 gerichtlich aufgehoben, nachdem die betroffenen Firmen erfolgreich gegen die Beschlagnahme und Einstufung als Arzneimittel vor dem Bundesbezirksgericht geklagt hatten.

### Arznei- oder Genußmittel? das ist hier die Frage

Wegen des bislang ungeklärten Gesundheitsrisikos gibt es vereinzelt Bestrebungen, E-Zigaretten als Arzneimittel einzustufen. Zuletzt erklärte die nordrheinwestfälische Gesundheitsministerin Barbara Stefens Mitte Dezember 2011, dass nikotinhalte Liquids in NRW nur mit einer arzneimittelrechtlichen Zulassung in den Verkehr gebracht werden dürften.

Warum aber sollen nikotinhalte Liquids unter das Arzneimittelgesetz (AMG) fallen, während Zigaretten, Kau- und Schnupftabak frei verkäuflich sind? Unter das AMG fallen laut Definition ausschließlich Stoffe, deren

gesundheitsfördernde Wirkung wissenschaftlich nachgewiesen ist. Auch haben untergeordnete Behörden wie in NRW, Oberbayern oder Hannover gar nicht das Recht, Produkte als Arzneimittel zu deklarieren. Darüber hinaus liegen für höchstinstanzliche Gerichte (EuGH, BVerwG) keine der geforderten wissenschaftlich belastbaren Belege dafür vor, dass E-Zigaretten als Arzneimittel einzustufen sind. Ebenso hat bis auf einen Pharmahersteller bisher noch kein Anbieter einen Antrag auf Zulassung nach dem Arzneimittelgesetz gestellt.

### Die Rolle der Presse

Als das DKFZ im Dezember 2011 eine Pressemitteilung veröffentlichte, in der es auf die ungeklärten Gesundheitsrisiken bei der Nutzung von E-Zigaretten aufmerksam machte, gab es in der Presse ein Echo, dass an eine Medienkampagne grenzte. Die Meldung wurde über dpa von vielen Zeitschriften aufgenommen und im mittlerweile schon üblichen Copy und Paste Journalismus verbreitet. Danach

kamen Fernsehbeiträge, die anfänglich noch relativ neutral waren, sich im weiteren aber tendenziös kritisch mit der E-Zigarette auseinandersetzten. Hier zeigt sich mal wieder, dass ein Großteil der Medien eine Affinität zu negativen Schlagzeilen hat. Wie bei den Themen EHEC, Vogelgrippe, Naturgewalten etc. scheinen Katastrophen- und Negativmeldungen das Publikum anzuziehen. Beim Kampf um Leser- und Zuschauerquoten wird dann schon mal gerne eine Nachricht dramatisiert; zumal es bei Wissenschaftsthemen nicht immer einfach ist, die Zusammenhänge zu recherchieren bzw. zu vermitteln. Wie das eingangs angeführte Beispiel zeigt, lassen sich mit wissenschaftlich anmutenden Begriffen wunderbar die schönsten Horrormeldungen zusammendichten.

Dabei spricht einiges für die E-Zigarette. Vor allem sind sich alle wissenschaftlichen Institutionen darin einig, dass die Schadstoffemission des elektronischen Verdampfers weitaus geringer ist als bei einer Tabakzigarette.

Der sogenannte Nebenstromrauch entsteht erst gar nicht. Eine Passivrauchbelastung von Mitmenschen, die ja die Ursache von Rauchverboten ist, ist damit weitestgehend ausgeschlossen. Auch der Konsument selbst nimmt nachweislich wesentlich weniger Schadstoffe auf und ist damit weniger gefährdet.

In Anbetracht der Tatsache, dass Nikotin gerade in Verbindung mit anderen Stoffen süchtig macht und viele Raucher abhängig von der Zigarette sind, kann sich ein Verbot oder Beschaffungsschwerung von E-Zigaretten leicht als kontraproduktiv herausstellen. Denn die Abhängigkeit schließt eine rationale Überlegung zum Konsum der Droge aus. Geraucht wird also in jedem Falle, so lange die Abhängigkeit besteht. Und es ist schwer nachvollziehbar, warum Rauchern der Zugriff auf eine für sie und ihre Umwelt wesentlich weniger gesundheitsschädliche Alternative erschwert werden soll.



## Die elektronische Zigarette

Eine elektronische Zigarette, auch elektrische Zigarette, E-Zigarette oder rauchlose Zigarette genannt, ist ein Produkt, bei dem eine zur Verdampfung gebrachte Flüssigkeit (Liquid) inhaliert wird. Der inhalierte Dampf ist in Konsistenz und sensorischem Empfinden dem Tabakrauch ähnlich, im Gegensatz zum Rauchen findet jedoch keine Verbrennung statt. Das Liquid wird verdampft und nicht verbrannt.

### Funktionsprinzip

Nahezu alle erhältlichen rauchlosen Zigaretten beruhen auf dem Verdampfungsprinzip. Die Funktionsweise ist der einer Nebelmaschine in einer Diskothek vergleichbar.

Dabei wird die zu verdampfende Flüssigkeit, durch die Kapillarwirkung eines Metallgeflecht- oder Glasfaserdochtes aus einem Depot, einer kleinen Heizspirale zugeführt. Diese wird je nach Modell entweder mittels eines Unterdruckschalters beim Ziehen automatisch, oder manuell durch eine vom Benutzer zu betätigende Taste beheizt. Da die Verdampfer von E-Zigaretten eine elektrische Leistung von typischerweise 7-12 Watt aufweisen, ist die Laufzeit stark von der Akkukapazität abhängig. Ältere Modelle und insbesondere sogenannte Mini E-Zigaretten haben einen sehr kleinen Akku – meist um 300mAh – weshalb die Lauf-

zeit stark begrenzt ist. Moderne Systeme besitzen größere Akkus (650 bis 1000mAh) und teilweise zusätzlich eine elektronische Leistungsanpassung, so dass sie bei normaler Nutzung ca. einen Tag ohne Aufladung betrieben werden können.

### Verbrauchsstoff

Die zu verdampfende Flüssigkeit wird üblicherweise Liquid genannt und besteht zu geringen Teilen aus Wasser, Benzylalkohol, Glycerin und künstlichen Lebensmittelaromen in unterschiedlichen Mengenverhältnissen. Als Trägerflüssigkeit fungiert, zum größten Teil, Propylenglycol (= 1,2-Propan-diol), welches ein in Deutsch-

land zugelassenes Nahrungsergänzungsmittel ist. Das Liquid kann auf Wunsch des Verbrauchers auch Nikotin enthalten. Es sind jedoch auch nikotinfreie und nicht aromatisierte Liquide erhältlich. Das verdampfte Liquid erzeugt das sensorische Gefühl des Rauchens. Liquide sind sowohl in sofort benutzbaren Depots (auch Cartridge genannt), als auch in flüssiger Form zum Nachfüllen von Depots und Tanks, oder zum direkten Träufeln auf den Verdampfer erhältlich.

Auszug aus Wikipedia, E-Zigarette



**Datenschutz** Überwachung ist ein Instrument der Beutetier-Intelligenz. Welche voraussetzt, dass es Raubtiere gibt. Wer Angst sät, erntet Überwachung. Doch wer überwacht die Überwacher? Immer mehr Forschungsprojekte widmen sich dem Bürgerverhalten, immer mehr Datenspeicher entstehen und das ganze wird bundesweit zentral vernetzt. Der Überblick zum Überwacher-Überwachen.

CC-BY-SA Stefan Müller

Technik ist was schönes. Die Vernetzung brachte uns Google, Mail, Facebook, Youtube und viele andere beliebte Dienste im Konsumenten-Internet. Doch mit etwas Zeitverzögerung wird umfassende Vernetzung auch für Sicherheitsbehörden interessant. Das ist das Mega-Thema, in dem zahlreiche einzelne Aktivitäten aufgehängt sind. So gibt es den elektronischen Personalausweis samt über die Luft auslesbaren Datenchip, in dem immer ein für Gesichtserkennung geeignetes Bild hinterlegt ist, manchmal auch ein Fingerabdruck. Fernreisen ohne Fingerabdruck ist schon garnicht mehr möglich, denn seit Jahren muß der Reisepass-Antragsteller einen oder mehrere Finger auf den Scanner im Bürgeramt legen. Vernetzung auch bei den Datenspeichern. Noch läuft vieles dezentral in Deutschland.

### Aus der Geschichte gelernt?

Das ist noch aus den Erfahrungen der Nazizeit begründet. Die Gründer der Bundesrepublik wollten verhindern, dass Menschen systematisch ausgeforscht und bespitzelt werden, wie in den Terrorjahren 1933 bis 1945 von der Geheimen Staatspolizei. Mittlerweile laufen Projekte, die Bevölkerungsdaten in zentralen Datenspeichern zu halten. Oder es gibt Spezialge-

setze, wie etwa für die GEZ, die alle Meldedaten an ihrem Standort im WDR-Studiogelände Köln-Bocklemünd zentral speichern dürfen soll. Auch für den Zensus wurden die einzelnen Meldedaten aktualisiert. Datenschützer vermuten, das dies der Grundstein für ein nationales Melderegister werden soll. Ein geplantes bundesweites Waffenregister, gefordert von einer EU-Richtlinie bis Ende 2014, kritisieren Jäger und Schützen wegen potentieller Sicherheitslecks.

### Trend zur Menschen-ID

Seit knapp fünf Jahren gibt es erstmals nach 1945 wieder eine eindeutige Personenkennziffer in ganz Deutschland: die Steuer-Identifikationsnummer bleibt lebenslang plus 20 Jahre der Person zugeordnet. Mittlerweile wird sie nicht nur vom Finanzamt, sondern auch von Banken bei der Kontoeröffnung, oder von Notaren für den Grundstückskauf abgefragt. Ausserdem wird mit der ID im Melderegister hin und her abgeglichen, so dass keine Doppelwohnsitze mehr möglich sind. Schleichend wird die Steuer-ID zur Menschen-ID, die bei immer mehr alltäglichen Rechtsgeschäften einzutippen oder herzusagen ist. Wer dies nicht will, dem wird halt kein Konto eröffnet oder etwas ins Grundbuch eingetragen.

## Überwachungssoftware von A bis Z

zusammengestellt von **ulrics**

**[ADABTS]** Mit der "Automatic Detection of Abnormal Behaviour and Threats in crowded Spaces" (ADABTS) soll das abnormale Verhalten, was immer das ist, in allen möglichen Situationen erkannt werden.

**[ADIS]** Auch ein Projekt zur präventiven Erkennung von Absichten und damit Vorab-Verdächtigung: ADIS (Automatisierte Detektion Interventionsbedürftiger Situationen durch Klassifizierung visueller Muster) ist ein Projekt unter Mitarbeit von Fraunhofer. Eines von mehreren Vorhaben unter Finanzierung durch das BMBF, also von deutschen Steuergeldern.

**[APFEL]** Auch auf Flughäfen wird geforscht. APFEL steht für „Analyse von Personenbewegungen an Flughäfen mittels zeitlich rückwärts- und vorwärtsgerichteter Videodatenströme“. Sprich Verfolgung per Video. Das System ist dem Namen nach nur für Flughäfen vorgesehen. Lässt sich aber sicherlich einmal auch auf Innenstädte ausweiten.

**[ASEV]** Automatische Situations-einschätzung für ereignis-

gesteuerte Videoüberwachung (ASEV) ist ein Projekt unter der Federführung der Überwachungsfirma ORFIX. Dort heisst das Forschungsprogramm auch „Forschung für die zivile Sicherheit“. Partner bei diesem Projekt sind die Flughäfen Hannover Langenhagen, Braunschweig und Hamburg. Ob dort auch ein Praxistest durchgeführt werden? Als Start wird der Mai 2010 genannt. Ebenfalls beteiligt ist die Leibniz-Universität Hannover.

**[BeSeCu]** Hier geht es um das Verhalten in Krisensituationen. Es ist aber eher eine akademische Studie im Rahmen von Verhaltensforschung, als ein fertiges System. Auf Facebook könnte man sogar an der Studie teilnehmen.

**[CAMINSENS]** Auch an CAMINSENS ist die Uni Hannover beteiligt. Hier ein weiteres Überwachungssystem, welches rechtskonforme Vorverurteilungen vornehmen soll. In Echtzeit soll unerwünschtes Verhalten für die Aufpasser visualisiert werden. Die Anlehnung an den englischen Begriff Common

gen. Einen kleinen Sieg gegen den Datensammelwahn gelang mit dem Ende der ELENA-Arbeitnehmer-Datenspeicher, in der Löhne, Streik- und Krank-

tage vom Arbeitgeber zentral vorgehalten werden. Und damit die schönen neuen Datenspeicher auch viele neue Infos enthalten, laufen EU-weit diverse





Sense ist wohl gewollt. Wobei gesunder Menschenverstand nichts mit Überwachung zu tun hat.

**[Cogito]** SDS steht für Suspect Detection Systems, eine israelische Firma, welche die Verhaltensanalyse über einen Polygraphen, also einem Lügendetektor, für die USA entwickeln soll. Die mangelnde wissenschaftliche Grundlage für einen Lügendetektor interessiert dabei scheinbar nicht. Der Name des Systems soll wohl Cogito sein. In dem Welt-Artikel sagt ein Kommentar vom Vorsitzenden der SDS wohl alles, was von so einem System zu halten ist: „Wer den Test nicht absolvieren will, kann ja später seine Unschuld beweisen.“ Zum Beispiel auf Guantanamo.

**[DIGIDAK]** Hier erfasst man massenhaft und superbequem Fingerabdrücke. Man könnte eine Wand in der U-Bahn scannen und die Fingerabdrücke haben. Auch gefördert vom BMBF.

**[FAST]** Die Future Attribute Screening Technology steht nicht für fast erwischte, sondern ist der Versuch, aus der Bewegung einer Person Schlüsse auf die verborgenden Absichten zu ziehen. Dabei werden verschie-

dene Sensoren miteinander kombiniert. Wenn man das hier liest, geht es fast schon in Richtung Gedanken lesen.

**[INBEKI]** Die Interaktionsgesteuerte Bilddatenanalyse zur Bekämpfung von Kinderpornographie: An sich ist die Bekämpfung von Kinderpornographie eine ehrenwerte und richtige Sache. Aber ein Software, welche Bilder erkennen kann, lässt sich auf vielerlei Arten missbrauchen und die Affäre um den Staatstrojaner zeigt, wie rechtliche Grenzen manchmal sehr flexibel gehandhabt werden. Auch dieses Projekt fördert das BMBF.

**[INDECT]** Die Abkürzung INDECT ist ja inzwischen unter Piraten wohlbekannt. INDECT ist in Kürze ein Werkzeug zur Überwachung und Verhaltensanalyse, also der Vorverurteilung in der Art wie im Film Minority Report. Auch Drohnen mit Kameras sind fest eingeplant. Alles wird mundgerecht dem Überwacher präsentiert.

**[SAMURAI]** SAMURAI ist die Kurzform von „Suspicious and Abnormal behaviour Monitoring Using a network of cAmeras & sensors for situation awareness enhancement“. Es geht also

mal wieder um das Erkennen von nicht näher definiertem abnormalen Verhalten mit Kameras.

**[SICURA]** Gepäck durchleuchten: Bei SICURA geht es um die Bilderkennung von Röntgenbildern. Es sollen Objekte automatisch im Gepäck erkannt werden. Das lässt sich natürlich nicht nur bei gefährlichen Objekten anwenden, sondern auch für alles mögliche andere. Kristina Schröder hat in dieser Hinsicht sogar gratuliert.

**[SPOT]** Wer hat aber schon etwas von SPOT (screening passengers observation technique) gehört? Dieses System, um an Flughäfen nach verdächtigen Personen zu suchen ist in den USA schon länger im Einsatz. Natürlich ist es nur eine Verhaltensanalyse durch speziell geschulte Personen wird dadurch aber nicht sympathischer. Zumal vieles was heute noch per Hand läuft, irgendwann automatisiert wird.

**[VIMS]** Das Violent Intent Modeling System (VIMS) klingt für mich wie ein Computermodell, welches das Verhalten vorhersagen soll. Das ganz auf der Grundlagen von der verschiedensten Informationen. Möglicherweise eine Suchmaschine.

## Künstliche Schnüffellintelligenz

Ein weiterer Ansatz der Sicherheitsprofis ist die rechnergestützte Analyse menschlichen Verhaltens: wird ein bestimmter Schwellenwert überschritten, wie etwa „zu lange an einem Ort herumlungern“, bekommt der Überwachungsbeamte einen Hinweis und kann gezielt Personal losschicken. In den Niederlanden gibt es Datenfelder in zahlreichen Behörden: „Diese Person extra kontrollieren“. Ist das von irgendeiner Stelle oder Künstlichen Intelligenz angekreuzt, wird der Bürger nun immer wieder von der Polizei angehalten, im Amt extra ausführlich befragt, somit schlicht und ergreifend: schikaniert. Das gab es in Deutschland zweimal. Und diese Entwicklung erfolgt schleichend und Schritt für Schritt. „Herr Referentenentwurf“ schreibt Lobby-Wünsche in eine Gesetzesvorlage, die nach zu Protokoll gegebenen Reden im Bundestag durchgewunken unser aller Freiheitsrechte limitiert. Deshalb ist es wichtig, ein Auge auf die Forschungsprojekte im Sicherheitsbereich zu haben. Denn was heute noch erforscht wird, fliegt morgen schon über deiner Terrasse und speichert dich ab!

Forschungsprojekte. Dazu siehe auch die Liste im Kasten. Eines davon ist das in Piratenkreisen inzwischen berühmte INDECT, im Kompass 2011.1 haben wir

es vorgestellt. Es geht jetzt darum, die Daten, die man hat, zum Beispiel das biometrische Foto, mit Sensor-Eingaben vollautomatisch zu vergleichen. So weiß

man, ob Gefährder Max Muster gerade an der hochauflösenden Überwachungskamera am Vorstadtbahnhof vorbei läuft, da das dann alles vernetzt ist.



# Wirtschaft & Finanzen

zusammengestellt von Hilmar Benecke (CC-0)

Mit **[ABS]** (Asset Backed Securities) bündeln Banken illiquide Vermögenswerte (z.B. Hypothekenkredite) zu einem Paket und verkaufen diese an meist eigens dafür gegründete Zweckgesellschaften. Diese refinanzieren den Kauf über die Ausgabe von Schuldverschreibungen, die durch die in dem Paket enthaltenen Kreditforderungen abgesichert sind. Die Bank entfernt so Kreditrisiken aus ihrer Bilanz und erhält freies Eigenkapital für weitere Kreditvergaben. Die Qualität der Kreditforderungen sollte theoretisch ausschlaggebend für das Rating der Schuldverschreibungen sein, war es aber praktisch nicht (AAA-Ratings auch für Subprime-ABS).

**[BIP]** ist die Abkürzung für „Bruttoinlandsprodukt“. In die Berechnung des BIP fließen alle Waren und Dienstleistungen ein, die im jeweiligen Land für den Endverbrauch hergestellt werden. Steigt das BIP von einer Zeitperiode auf die nächste spricht man von **→ Wirtschaftswachstum** (beim „realen Wirtschaftswachstum“ ist der Wert inflationsbereinigt).

**[Bretton-Woods]** ist ein Ort in den USA, der dem 1944 ins Leben gerufenen System fester Wechselkurse seinen Namen gab. Das Bretton-Woods-System, das ebenso die Goldhinterlegung des US-Dollar als Leitwährung vorsah, brach Anfang der 70er-Jahre zusammen. Auch wegen der Kosten des Vietnamkriegs hatte sich die Zahlungsbilanz der USA in den sechziger Jahren dramatisch verschlechtert, so dass die USA ihrer Gold-einlösungsverpflichtung nicht mehr nachkommen konnte. Die Gründungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank gehen ebenfalls auf Bretton-Woods zurück.

**[CDS]** (Credit Default Swaps) sind im Grunde als Versicherungen gegen Zahlungsausfälle

gedacht. Sie können jedoch unabhängig von der ihnen zugrunde liegenden Finanzanlage (z.B. Staatsanleihe) gehandelt werden. SpekulantInnen können so auf Kreditausfälle einzelner Staaten wetten, ohne eine entsprechende Anleihe zu besitzen. Durch diese Emissionsfreiheit ist die Summe aller gehandelten CDS für einzelne Staaten inzwischen höher als die jeweiligen Anleihevolumen. CDS gehören zu den Finanzprodukten, die von Warren Buffet schon 2002 als „Massenvernichtungswaffen“ bezeichnet wurden.

**[Fiat-Money]** ist begrifflich abgeleitet vom biblischen „Fiat lux“ („Es werde Licht!“). Er soll veranschaulichen, dass heutzutage Geld von den Banken (**→ Zentralbanken** und Geschäftsbanken) quasi aus dem Nichts geschaffen werden kann (durch Kreditvergabe). Dies ist jedoch erst seit der Aufgabe der Goldbindung des Geldes möglich (siehe Bretton-Woods). Bis dahin garantierte die US-Regierung den Tausch von Dollar-Banknoten in Gold, was die Geldschöpfung (theoretisch) limitierte.

Die **[Finanztransaktionssteuer]** soll alle an der Börse gehandelten Wertpapiere und Geldgeschäfte mit einem einheitlichen Steuersatz belegen (z.B. 0,1% wie ab August in Frankreich). Dagegen umfasst die am Finanzplatz London seit Jahrhunderten übliche Börsensteuer von 0,5% nur klassische Wertpapiere (z.B. Aktien, Anleihen) und ab Ende der 90er Jahre auch den Handel mit Optionen. Devisengeschäfte sowie Swaps und andere moderne Formen des computergestützten Derivate-Handels sind allerdings ausgenommen. Die Tobin-Steuer hingegen zielt im Wesentlichen auf die Besteuerung des Devisenhandels. Die genaue Ausgestaltung einer Steuer auf Börsengeschäfte hängt wesentlich von der gewünschten Zielsetzung ab: Will man in erster Linie Einnahmen im Kampf gegen die Staatsver-

schuldung erzielen oder z.B. den hochvolumigen (Computer-) Handel im Millisekunden-Bereich unrentabel machen.

**[Geld]** hat drei Funktionen: Tauschmittel, Wertaufbewahrungsmittel und Wertmaßstab. Die gleichzeitigen Funktion von Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel wird von manchen als eine von mehreren systemimmanenten Krisenursachen gesehen: Durch das Ansparen von **→ Geldvermögen** wird Geld als Tauschmittel verknappt, was nur durch zusätzliche Schulden ausgeglichen werden kann (siehe dazu auch unsere Titelseite ab Seite 3).

Die **[Geldmenge]** wird von den jeweiligen **→ Zentralbanken** definiert. In Deutschland unterscheidet die Bundesbank die Geldmengen M0 (= **→ Zentralbankgeld**), sowie M1, M2 und M3, die im Wesentlichen durch die Verfügbarkeit des Geldes abgegrenzt werden. Die Geldmenge M3 beispielsweise umfasst Geldanlagen mit einer Laufzeit zwischen 3 Monaten und 2 Jahren. D.h. aber auch, dass alle Geldanlagen mit mehr als zwei Jahren Laufzeit in den Geldmengen-Berichten der Bundesbank nicht erfasst werden.

**[Geldvermögen]** sind Anlageprodukte, die nicht als Zahlungsmittel fungieren, aber einen Anspruch verbriefen, in **→ Geld** zurückgetauscht zu werden. Dieser Rücktauschanspruch besteht entweder kurzfristig (z.B. Spar-, Tagesgeld- oder Festgeldkonten) oder mittel- bis langfris-

tig (z.B. Lebens- oder Rentenversicherungen, Staats- oder Unternehmensanleihen).

**[Giralgeld]** bezeichnet in Abgrenzung zum **→ Zentralbankgeld** das im bargeldlosen Zahlungsverkehr genutzte (Buch-) Geld. Das Geld auf unseren Girokonten ist also Giralgeld. Durch die Kreditvergabe (und nur hierdurch!) wird Giralgeld geschaffen („Giralgeldschöpfung“). Durch Auszahlung/ Überweisung des Kredits entsteht für die Bank ein Refinanzierungsbedarf, der entweder durch (Spar-)Einlagen oder durch **→ Zentralbankgeld** gedeckt werden kann. Im letzteren Fall leiht sich die Bank bei der **→ Zentralbank** oder bei anderen Banken (im „Interbankenverkehr“) Geld.

**[Globalisierung]** im ökonomischen Sinne beschreibt die fortschreitende Möglichkeit zur weltweiten Verlagerung von Produktionsstätten oder Kapitalströmen. Dieser Prozess wurde u.a. durch die Liberalisierung des Güter- und Kapitalverkehrs, die Fortschritte bei der weltweiten Energieversorgung sowie die neuen Informationstechnologien beschleunigt. Die Globalisierung hat auch zu einem weltweiten Konkurrenzkampf zwischen Unternehmen (um Marktanteile) und Staaten (um Wachstumsanteile) geführt, der bis heute vornehmlich über den Faktor Lohnkosten ausgetragen wird.

Die **[Handelsbilanz]** erfasst den Import und Export von Gütern aus dem deutschen Wirtschaftsraum. Deutschland





hat regelmäßig einen Handelsbilanzüberschuss: u.a. dank dem Export von teuren Investitionsgütern wie Maschinen oder Fahrzeugen betrug der Handelsbilanzüberschuss in 2010 knapp 155 Milliarden Euro (nach 139 Mrd. Euro im Vorjahr).

**[Inflation]** bezeichnet die Preissteigerung von einer Periode zur nächsten. Gründe für Inflation sind einerseits Güterknappheit (d.h. die Nachfrage ist größer als das Angebot) und andererseits eine Geldmengenausweitung, die das Wachstum der Realwirtschaft übersteigt. Die niedrigen Inflationsraten der letzten Jahre trotz starker Geldmengenerhöhung lassen sich dadurch erklären, dass das zusätzliche Geld überwiegend in Finanzprodukte und nicht in die Realwirtschaft geflossen ist. (siehe dazu auch unsere Titelgeschichte ab S. 3).

Der **[Keynesianismus]** (benannt nach dem britischen Ökonomen John Maynard Keynes) stellt – im wirtschaftspolitischen Sinne – die Steuerung der Nachfrage ins Zentrum des staatlichen Handelns. Danach soll in wirtschaftlichen Schwächephase der Staat durch konjunkturunterstützende Maßnahmen eingreifen und dafür auch eine höhere Verschuldung in Kauf nehmen, die dann bei prosperierender Wirtschaft wieder zurückgefahren werden soll. Dieses in den 30er Jahren aus den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise entstandene Modell hatte bis in die 70er Jahre entscheidenden Einfluss auf die westliche Wirtschaftspolitik.

Die **[Mindestreserve]** soll neben der Zinspolitik den → Zentralbanken zur Regulierung der → Geldmenge dienen. Die Geschäftsbanken sind verpflichtet auf bestimmte Sicht-, Spar- und Termineinlagen einen Mindestreservesatz in → Zentralbankgeld auf ihren jeweiligen Zentralbankkonten bereitzuhalten. Diese Mindestreserve-Guthaben werden verzinst. Spätestens nachdem der Mindestreservesatz im Januar 2012 von 2% auf 1% gesenkt wurde, muss man konstatieren, dass das Ziel der Geldmengensteuerung durch die Mindestreserve faktisch aufgegeben wurde.

Der **[Neoliberalismus]** nach heutigem Verständnis geht auf die sog. „Chicagoer Schule“ zurück und wird vor allem mit dem Namen Milton Friedman verbunden, der 1976 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhielt.

Im Zentrum steht die Theorie des freien Marktes, die staatliche Eingriffe als grundsätzlich nachteilig bewertet. Der Neoliberalismus bildete die konzeptionelle Grundlage der angloamerikanischen Wirtschaftspolitik der 80er Jahre (unter Ronald Reagan und Margret Thatcher), in der die Märkte zunehmend dereguliert wurden. Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Ökonomien Anfang der 90er Jahre setzte sich dieser Trend beschleunigt fort, da die Überlegenheit der kapitalistischen Idee des freien Marktes nun bewiesen zu sein schien.

**[Sachvermögen]** sind Investitionen in reale Werte (z.B. Immobilien oder Rohstoffe). Auch Beteiligungen am Eigenkapital von Unternehmen (z.B. Aktien) sind im weiteren Sinn Sachvermögen. Anders als → Geldvermögen verbriefen sie keinen Anspruch auf einen Geldbetrag zu einem bestimmten Zeitpunkt, sondern unterliegen Wertschwankungen, die meist durch Angebot und Nachfrage nach dem jeweiligen Gut bestimmt werden.

Das **[Trennbankensystem]** sieht eine institutionelle Trennung vor zwischen dem Einlagen- und Kreditgeschäft auf der einen und dem Wertpapiergeschäft (Investmentbanking) auf der anderen Seite. Dadurch soll zum einen die Akkumulation von Kredit- und Spekulationsrisiken und zum anderen die Refinanzierung des (risikoreichen) Investmentbanking durch Einlagen verhindert werden.

Größere Ausfälle durch Fehlspekulationen von Banken sollen auf diese Weise nicht die Spareinlagen gefährden und den Staat so zwingen, die (dadurch systemrelevanten) Banken zu retten. Die Einführung eines Trennbankensystems, das zwischen 1933 und 1999 in den USA gesetzlich vorgeschrieben war, ist eine der meistdiskutierten Maßnahmen gegen das „too big to fail“ des heutigen Bankensystems.

**[Wirtschaftswachstum]** ist die Zunahme des → BIP im Vergleich zum Vorjahr, -quartal oder -monat. Das „reale Wirtschaftswachstum“ ist ein inflationsbereinigter Wert.

Wirtschaftswachstum soll die Erhaltung bzw. Vergrößerung des Wohlstands der Bevölkerung gewährleisten. In den letzten Jahrzehnten ging das weltweite Wirtschaftswachstum jedoch auch mit zunehmendem Ressourcenverbrauch einher.

Insofern stellt sich die Frage, ob unendliches (quantitatives) Wachstum in einer endlichen Welt möglich ist bzw. wie ein daraus resultierender Interessenkonflikt zwischen Ökonomie und Ökologie zu lösen ist.

**[Zentralbanken]** sind meist staatliche Institutionen (die amerikanische FED ist jedoch im Privatbesitz), denen u.a. die Versorgung der Wirtschaft mit Bargeld obliegt. Darüber hinaus versuchen sie – vornehmlich über die Zinspolitik – Einfluss auf die

konjunkturelle Entwicklung zu nehmen und gleichzeitig inflationären Tendenzen entgegenzuwirken. Während Bundesbank und EZB ihren obersten Auftrag in der Geldwertstabilität sehen, richten die angelsächsischen Zentralbanken ihr Handeln wesentlich stärker nach konjunkturellen Zielsetzungen aus.

**[Zentralbankgeld]** ist einerseits das in Umlauf befindliche Bargeld und andererseits die Guthaben, die die Geschäftsbanken auf ihren jeweiligen Zentralbankkonten halten. Ein Teil dieser Guthaben ist verpflichtend, um die Mindestreserve-Anforderungen zu erfüllen. Der darüber hinausgehende Teil wird als „Überschussreserve“ bezeichnet und dient vor allem dem Zahlungsverkehr unter den Banken. Für Geld, das sich die Banken bei der → Zentralbank leihen, müssen sie Sicherheiten hinterlegen (z.B. Staatsanleihen oder andere Wertpapiere).

#### Anzeige



## Alpha Team

Systems & Consulting

### Bringen Sie Ihr Geschäft Online!

Mit unseren übersichtlichen eCommerce und Online-Shop Tools haben Sie alles im Griff!

**Wir bieten Ihnen:**

- Stellung eines externen Datenschutzauftragten gemäß §4f Bundesdatenschutzgesetz
- Internet Service Provider (ISP) Services
- Online-Shop & E-Commerce Lösungen
- Daten- & Virenschutz



Alpha Team Systems & Consulting GmbH  
Brandenburgische Straße 12  
D-10713 Berlin  
Tel. +49(0)30 301 20 000  
Fax +49(0)30 301 20 001  
E-Mail: info@alphateamsystems.de  
Online: www.AlphaTeamSystems.de




# Karten, Apps und Löcher

Ein Rückblick zum ePerso von Jan Schejbal

Zum 1. November 2010 hat der „neue Personalausweis“, kurz nPA, den bisherigen Ausweis ersetzt. Der auffälligste Unterschied zum alten Personalausweis ist das von den meisten Bürgern als praktischer empfundene Kreditkartenformat. Der wichtigere Unterschied jedoch ist im Inneren der Plastikkarte versteckt: In der rechten oberen Ecke ist ein Chip eingebaut, mit dem der Ausweis elektronisch genutzt werden kann. Deswegen hieß er auch „elektronischer Personalausweis“, kurz „ePerso“ oder „ePA“, bevor die Regierung merkte, dass dieser Name durch die Kritik am Projekt zu unbeliebt geworden war.

## Der ePerso hat's in sich

Der Personalausweis ist eine sogenannte kontaktlose Chipkarte. Das bedeutet, dass er per Funk mit dem Lesegerät Kontakt aufnimmt (und von ihm drahtlos mit Strom versorgt wird). Die drahtlose Technik (RFID/NFC) wurde gewählt, weil sich dabei keine Kontakte abnutzen und die Karten und Lesegeräte somit haltbarer sein sollen. (Vielleicht spielte die Idee, einen neuen Standard zu schaffen und die Wirtschaft durch die Einführung von viel neuer Technik zu fördern, auch eine gewisse Rolle.) Der Chip im Personalausweis ist ein kleiner Computer – mit einem Prozessor, etwas Speicher und der Fähigkeit, Berechnungen durchzuführen. Das soll eine ganze Reihe neuer Möglichkeiten öffnen, denn der Chip unterstützt gleich mehrere Funktionen: Mit der hoheitlichen Ausweisfunktion können Behörden über den Chip die Echtheit des Ausweises prüfen. Mit der eID-Funktion soll der Nutzer mit dem Ausweis online seine Identität beweisen können. Und zu guter Letzt soll es mit dem Ausweis auch möglich sein Dokumente (wie z. B. Verträge) digital zu unterschreiben.



Letzteres ist allerdings schon seit Jahren mit gewöhnlichen und bewährten Signaturkarten möglich.

## Hoheitliche Ausweisfunktion

Die auf dem Ausweis aufgedruckten Daten, das Passfoto sowie (falls abgegeben) der Fingerabdruck sind auf dem Chip noch einmal elektronisch gespeichert und können von befugten Behörden gelesen werden. Das soll die Fälschungssicherheit erhöhen, da die Daten auf dem Chip gegen unbefugte Veränderung sehr gut gesichert sind. Die hoheitliche Ausweisfunktion ist immer aktiv und kann nicht ausgeschaltet werden.

## eID-Funktion

Mit der eID-Funktion soll es möglich sein, mit dem Ausweis gegenüber einer Website die Identität (oder auch nur das Alter) zu belegen oder sich einzuloggen. Dazu benötigt man ein Lesegerät sowie eine Software, die „AusweisApp“. Über die AusweisApp kommuniziert die Website mit dem Ausweis, und in der App wird auch angezeigt, welche Daten an welchen Empfänger übertragen werden sollen. Damit ein verlorener Ausweis nicht missbraucht werden kann, muss man jedes Mal eine sechsstellige PIN eingeben. Die eID-Funktion kann auf Wunsch ein- und ausgeschaltet werden.

## Elektronische Signaturfunktion

Mit einem Lesegerät der höchsten Sicherheitsstufe soll es möglich sein, den Personalausweis für die sogenannte „qualifizierte elektronische Signatur“ zu benutzen. Damit kann man Dokumente mit einer rechtlich verbindlichen digitalen Unterschrift versehen. Da dies mit gewöhnlichen Signaturkarten schon lange möglich ist, spart man lediglich eine Karte ein, wenn die Funktion vom Ausweis mit unterstützt wird. Derzeit ist die elektronische Signatur mit dem Personalausweis noch nicht möglich.

## Nutzen des Ausweises

Was der Ausweis bringen soll, ist bekannt – doch was bringt er tatsächlich? Der Hauptvorteil für die meisten Bürger dürfte das handlichere Format sein. Das wäre allerdings auch ohne Funkchip, biometrisches Passfoto und (derzeit noch freiwillige) Erfassung der Fingerabdrücke möglich. Für den ePerso ist es also kein Argument. Die hoheitliche Ausweisfunktion soll die Fälschungssicherheit erhöhen. Allerdings sind Fälschungen deutscher Ausweisdokumente aufgrund der ganz normalen Sicherheitsmerkmale wie Wasserzeichen, Hologramme und Spezialfarben bereits jetzt extrem selten: In der Zeit von Januar 2001 bis September 2007 – also in über fünf Jahren – weist die Polizeistatistik gerade mal 216 Fälle von Fälschungen oder Ver-

fälschungen von Personalausweisen auf, wie die Regierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linkspartei zugeben musste. Die Signaturfunktion wäre zwar nützlich, ist aber einerseits noch nicht nutzbar und kann andererseits auch genauso gut oder besser mit regulären Signaturkarten realisiert werden. Ohne die anonyme/pseudonyme Altersverifikations- und Loginfunktion hätte man die Ausweisfunktion übrigens auch mit bestehender, günstiger und bewährter Technik (Zertifikatskarten) umsetzen können. Für den wichtigsten Zweck (Identitätsbestätigung, insbesondere gegenüber Behörden) wäre dies völlig ausreichend, das System wäre weltweit kompatibel und es wären kaum Neuentwicklungen nötig. Aber vielleicht ist letzteres ja gerade der Grund, warum dieser Weg nicht gewählt wurde: Den größten Nutzen vom neuen Personalausweis haben nämlich immer noch die Firmen, die an der Herstellung der Ausweise und der dafür nötigen Geräte beteiligt sind.

## Kosten und Wirtschaftsförderung

Die Bundesdruckerei, eine privatisierte GmbH, die erst seit 2009 wieder in Staatsbesitz ist, stellt zwar die Ausweise her. Die Chips werden aber von der niederländischen Firma NXP sowie dem deutschen Chiphersteller Infineon geliefert. Billig sind solche Chips natürlich nicht, und der Bürger darf zahlen: Statt wie bisher 8 Euro kostet ein Personalausweis nun 28,80 Euro – was bei 6,5 Millionen neuen Ausweisen pro Jahr insgesamt rund 187 Millionen jährlich sind – und somit pro Jahr rund 135 Millionen mehr als bisher. Die Lesegeräte werden hauptsächlich von den zwei deutschen Unternehmen REINER SCT und SCM Microsystems hergestellt. Um den Einsatz des ePerso zu fördern, hat die Regierung Steuergelder in Höhe von 24 Millionen dafür ausgegeben, rund 1,5 Millionen „Sicherheitskits“ an



Unternehmen wie Versicherungen und Zeitschriftenverlage zu verschenken oder verbilligt abzugeben. Diese können die „Sicherheitskits“ dann mit ihren Produkten bündeln und so – mit Steuergeldern – Werbung für sich machen. Dazu kommen nochmal rund 16 Millionen Einführungskosten, zusammen also 40 Millionen Euro. Bei den so geförderten Geräten handelt es sich allerdings um die „Basisleser“, welche so unsicher sind, dass Experten von der Nutzung abraten. Diese Geräte in dieser Stückzahl unters Volk zu bringen war also nicht nur eine gigantische Geldverschwendung, sondern auch noch höchst gefährlich. Die Signaturfunktion („qualifizierte elektronische Signatur“) kann auch erst mit den Lesegeräten der höheren Sicherheitsstufe genutzt werden. Diese sogenannten „Komfortlesegeräte“, mit denen der Ausweis erst vollständig genutzt werden kann, haben eine unverbindliche Preisempfehlung von schlappen 159 Euro pro Stück. (Zum Vergleich: Lesegeräte der entsprechenden Sicherheitsklasse für klassische Kontakt-Chipkarten, die nicht per Funk arbeiten, gibt es schon für knapp 40 Euro.) Apropos Signaturfunktion: Für diese benötigt man ein Signaturzertifikat, welches von einer vertrauenswürdigen Stelle ausgestellt werden muss. Technisch ist das ein relativ anspruchsloser Vorgang – man benötigt lediglich eine sichere Umgebung, in der die verwendeten digitalen Schlüssel nicht gestohlen werden können, und die Identität des Inhabers muss

geprüft werden. Das könnte also alles mit minimalem Zusatzaufwand bei der Bundesdruckerei (Erstellung in sicherer Umgebung) und den Bürgerämtern (Identitätsprüfung und Aushändigung) gemacht werden. Könnte – die Ausweise werden ohne Signaturzertifikat ausgeliefert. Dieses kann sich der Bürger dann – für rund 20 Euro pro Jahr – bei einer privaten Zertifizierungsstelle ausstellen lassen. Wahlweise auch auf einer normalen Kontakt-Chipkarte, ein ePerso ist dafür nämlich eigentlich gar nicht nötig.

### Fazit

Wie viele staatliche IT-Großprojekte ist auch der elektronische Personalausweis gescheitert. Die Sicherheit entspricht nicht den Anforderungen, die ein solches Projekt erfüllen müsste – was man auch an der erheblichen Sicherheitslücke in der AusweisApp sieht, die direkt nach der Veröffentlichung aufgedeckt wurde. Der elektronische Ausweis bietet Lösungen, wo es keine Probleme gibt: Er soll die Fälschungssicherheit eines Dokuments erhöhen, was als eines der fälschungssichersten weltweit gilt. Er soll die elektronische Signatur ermöglichen, die längst möglich ist. Lediglich die Ausweisfunktion ist neu – und die Teile davon, die wirklich nötig wären, hätte man auch mit be-

stehender Technik einfacher haben können. Der Nutzen für die Bürger hält sich in Grenzen: Behördengänge sind bei einigen wenigen Behörden online möglich, ansonsten kann der Ausweis kaum irgendwo genutzt werden. Neben den bekannt gewordenen Sicherheitslücken verursacht der Ausweis neue Gefahren. Bei Onlineeinkäufen könnte er das Risiko vom Händler auf die Kunden verlagern, und er bietet gegenwärtigen und zukünftigen Regierungen ein mächtiges Instrument, um anonyme Meinungsäußerung im Internet zu unterdrücken – entsprechende Wünsche werden vor allem aus Reihen der Union auch regelmäßig geäußert. Die Einführung des neuen elektronischen Personalausweises hat viel Geld gekostet. Angesichts der offensichtlichen Wünsche, ein exportierbares Produkt zu entwickeln, wird deutlich, dass Wirtschaftsförderung zumindest ein Grund für die Einführung war – wenn nicht sogar der Hauptgrund, hinter dem andere Aspekte zurücktreten mussten. Der Großteil der Kosten aber fällt ständig mit der Ausstellung neuer Ausweise an – und muss über die Ausstellungsgebühren direkt von den Bürgern getragen werden. Da die jährlichen Kosten die Einführungskosten massiv übersteigen, ist es nie zu spät, das Projekt einzustampfen, und wieder chipfreie Ausweise auszugeben. Den für die Bürger größten Vorteil des neuen Personalausweises kann man dabei sogar beibehalten: Das handliche Kreditkartenformat.



Grafik: Thomas Latzke

## Medien GEZ-Gebühr und berufliche Nutzung Das ewige GEZÖRR

CC-BY-NC-ND: ulrics

Müssen Bürger, welche schon ein Gerät angemeldet haben, erneut GEZ-Gebühr zahlen? Nach Ansicht der GEZ ja, wenn man in den gleichen Räumen auch selbstständig arbeitet. Man könnte ja das Arbeitsgerät auch für den Rundfunkempfang nutzen. Also nach der typischen GEZ-Logik mit nur einem Ziel, möglichst große Einnahmen. Ist

natürlich nur schwer verständlich. Das wäre so, als würde man Miete auch zweimal zahlen müssen, wenn man zuhause arbeitet. Der GEZ-Werbespruch müsste unter solchen Umständen lauten: schon doppelt gezahlt? Aber zum Glück für alle Selbstständigen, Frei- und Nebenberufler wurde Recht, wenn nicht sogar Gerechtigkeit gesprochen. Eine zusätzliche Ge-

bühr für berufliche Nutzung ist nicht statthaft, wenn in der Wohnung bzw. dem Haus schon ein Rundfunkgerät angemeldet ist. Dann gilt nämlich die Zweitgerätebefreiung, auf welche sich auch die Kläger bezogen haben. Da sich die GEZ bzw. die Landesrundfunkanstalten durch mehrere Instanzen klagten, kam es nun zu einem Urteil vom Bundesverwaltungsgericht (BVerwG, Az. 6 C

15.10; 6 C 45.10; 6 C 20.11 vom 17.08.11). Vielleicht sollten sich die Landesrundfunkanstalten an der Bundeswehr orientieren. Die Bundeswehr wird derzeit auch reformiert. Auf das notwendige gekürzt, also anstatt die Gebühren ständig zu erhöhen, während überall gespart werden muss, wäre es vielleicht mal sinnvoll, die ÖRR zu reformieren.

# Buch- und Medientipps

zusammengestellt von  
Stefan Müller (CC-0)

## Buchtipps

Ohne Energie geht alles zugrunde



**Ian Morris:**  
**Wer regiert die Welt?**

Spätromische Dekadenz 2012? Wie lange hält der Westen, wie lange Europa noch seine einzigartige Position? Fragen, die in diesen Tagen akut werden, wenn

es um Wirtschaftskrise, Spannungen im nahen Osten und im fernen China geht. Gibt es einen roten Faden durch die Geschichte, der uns im Rückblick zeigt, wohin die Zukunft führt? Ja, sagt der Historiker, Archäologe Ian Morris, aber wir werden ihn nicht in der Geschichte der letzten 500 Jahre finden. Auf über 600 Seiten in sehr kleiner Schrift rollt Morris Jahrtausende neu auf, lässt aus historischen Fakten, naturwissenschaftlichen Erkenntnissen und empirischen Methoden ein umfassendes Bild der Menschheitsgeschichte entstehen. Worauf beruht die westliche Dominanz? Ian Morris nimmt die teilweise sehr ungleichen Entwicklungen menschlicher Gesellschaften im Westen und in Asien in den letzten 50.000 Jahren in den Blick. Er beschreibt den ewigen Wettlauf zwischen gesellschaftlichem Fortschritt und eklatanten Rückschlägen – die, so seine Kernthese, untrennbar miteinander verbunden sind. In lebhaften Schilderungen zeichnet er die

Entwicklung der Zivilisation entlang der Meilensteine Ackerbau, Staatenbildung, Imperialismus, Industrielle Revolution und Biotechnologie nach und verbindet dabei die Fähigkeit des Historikers, Zusammenhänge herzustellen, mit den Kenntnissen des Archäologen über die Antike und den quantitativen Methoden der Sozialwissenschaften. Unter anderem erfahren wir, dass Klimawandel und Geographie für westliche Dominanz sorgten. Dazu entwickelte Morris ein Indexmodell, aus dem er seine Thesen ableitet. Dominierender Einflussfaktor in seinem Index ist die Energieausbeute: An ihr hängt Wirtschaft und militärische Stärke, und wenn Energie in Form von Kalorien fehlt, kommt es auch zum Niedergang oder Zusammenbruch einer Zivilisation. Morris weist das über die letzten 16.000 Jahre nach. Und besonders spannend ist sein Ausblick für die Zukunft: „Am wenigsten vorstellbar werden die Veränderungen der Informationstechniken

sein.“ Die Gehirne werden vernetzt, vielleicht einen gigantischen Computer bilden. Entsprechende Militärforschungen laufen bereits. Wir nähern uns Schritt für Schritt der teilweisen Unsterblichkeit. Und alles läuft auf die größte Diskontinuität der Geschichte zu, denn für die Ernährung der Megamillionen-Städte fehlt Energie: Nahrung und Rohstoffe. Doch anders als die Römer wissen wir besser bescheid über unsere Probleme, und können so, hofft Morris, das Schlimmste verhindern, indem wir „das Denken entwickeln, das unsere Epoche braucht.“ Das Erfolgsgeheimnis sieht er als eine wechselseitige Verbindung von geografischen Gegebenheiten wie Verfügbarkeit von Energie und anderen Rohstoffen und menschlicher Erfindungsgabe, die jeweiligen Herausforderungen zu meistern.

*Ian Morris: Wer regiert die Welt? Warum Zivilisationen herrschen oder beherrscht werden. Campus, Hardcover, 24,90 Euro. ISBN 978-3-593-38406-1*

## Medientipp

**Bundeszentrale für politische Bildung**

*Politische Bücher zum Sparpreis*

Politikinteressierte kennen sie schon lange: die Bundeszentrale für politische Bildung. Weniger bekannt ist das umfangreiche Buchangebot, die „Schriftenreihe“. Die Bundeszentrale lizenziert dafür oft Werke bekannter Autoren, und bietet sie preisgünstig über einen Onlineshop an. Die Schriftenreihe bietet ein breites Themenspektrum aus Zeitgeschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Umwelt, Bildung und Kultur. Typischerweise kostet ein Buch 4,50 Euro statt 19 Euro im Buchhandel. Das Buch „Politik zum Selbermachen“, vorgestellt im Kompass 2011.1, wurde mittlerweile in die Schriftenreihe aufgenommen. Auch „Die Datenfresser“ sowie ein Wirtschaftslexikon finden sich im Angebot. „Urhe-

berrecht im Alltag“ (Band 665) bietet einfachen Zugang zu einem komplexen Thema, allerdings auf dem Stand von 2008. Auch sehr nett: Die Bücher werden auf offene Rechnung und gegen Versandkostenpauschale geliefert. Bezahlt wird das ganze dann per klassischer Banküberweisung nach Erhalt der Bücher.

[www.bpb.de/publikationen/BZUMW6,0,0,Schriftenreihe.html](http://www.bpb.de/publikationen/BZUMW6,0,0,Schriftenreihe.html)

## Interessante Podcasts

Hören statt lesen: mit Podcasts kannst du einfach und bequem über spannende Themen auf dem laufenden bleiben. Mit der passenden Software landen die neuesten Folgen automatisch auf deinem mobilen Endgerät. Natürlich lassen sich einzelne Folgen auch direkt von der jeweiligen Webseite abspielen. Besser ist ein kostenfreies Abo. Eine erste Quelle ist die Pod-

cast-Abteilung im iTunes-Store von Apple. Und hier sind ein paar Abo- und Download-Tipps:

**1. CRE von Tim Pritlove:** ein nun wieder regelmäßiger erscheinender Interview-Podcast mit interessanten Gesprächspartnern aus Technik, Kultur und Gesellschaft. Selten sind die Folgen kürzer als 2 Stunden, es geht hier also wirklich ins Eingemachte und zur Sache. Hör-Tipps: CRE190 Rhetorik mit Martin Haase, CRE188 Telecomix mit Stephan Urbach, CRE165 Privatsphäre mit mspro und CRE164 Urheberrecht mit Matthias Spielkamp. Alle Folgen findet ihr im Kompletarchiv auf <http://cre.fm/archiv>

**2. Klabautercast:** Martin Haases Interview-Podcast zu allerlei Themen rund um die Piraten und darüber hinaus. Auch hier wird es stets ausführlich und informativ. Interessante Folgen: eigentlich alle :) Deshalb hier

nur der Link auf das Sendungsarchiv:

<http://klabautercast.de>

**3. Flaschenpost-Podcast:** Auf <http://flaschenpost.piratenpartei.de/> findet ihr neues aus der Welt der Piratenpartei. Hier gehts um politische Themen, Parteinews und zu Wahlzeiten um Kandidatenvorstellungen.

## Auch interessant

**Jeremy Rifkin: Die dritte Industrielle Revolution.**

Welche Zukunftstechnologien Wirklichkeit werden könnten, beschreibt Rifkin auf faszinierende Art. Nach dem Atomzeitalter streift er Themen wie dezentralen Kapitalismus, kollaborative Zusammenarbeit und eine Zukunft, die Ökonomie und Ökologie vereint.

*Campus, Hardcover, 24,99 Euro, ISBN 978-3-5993-39452-7*



# Das große Spam-Sortiment

CC-BY-NC-ND: ulrics

Über die Zustände des Verbraucherschutzes in Deutschland kann ich immer wieder nur traurig mit dem Kopf schütteln. Da werden Urheberrechtsverletzungen mit Fantasie-Schadenssummen beziffert oder Abmahnungen verschickt. Aber der wirkliche volkswirtschaftliche Schaden durch Spam wird kaum bekämpft. Ich frage mich, warum es in Deutschland keine zentrale Spambekämpfungsbehörde gibt. Es geht hier nicht darum, sich die Arbeit zu ersparen, wie sie derzeit notwendig ist, sondern darum, dass eine Zentralbekämpfung einfach schlagkräftiger ist.

Spam hat sich als Begriff etabliert: für unerwünschte E-Mails mit Werbeinhalt (Ursprung siehe Kasten). Häufig wirbt der Inhalt für kriminelle Erzeugnisse, wie gepanschtes Viagra oder dubiose Online-Casinos. Inzwischen wird der Begriff Spam auch für andere Formen möglicher Belästigungen illegaler, werbender und generell störender Natur verwendet. Sämtlichem Spam gemeinsam ist die unerwünschte Natur. Das unverlangte Zustellen ist das Hauptmerkmal. Die Möglichkeit zu werben befreit nicht, Rücksicht auf jene zu nehmen, die keine Werbung wollen.

Separieren lässt sich in Offline- und Online-Spam. Also Spam in der realen Welt und der im Internet. Zu den Offlineformen lassen sich Anrufe zählen, die Werbeprospekte im Briefkasten, Postwurfsendungen, der Altkleidersammlungszettel im Hauseingang oder Faxspam. Bestimmt fallen noch die eine oder andere weitere Form ein.

Weder die Offline- noch die Onlineform müssen wir akzeptieren. Je nachdem, wie sehr der Werbemüll uns ärgert, können wir dagegen vorgehen. Es hängt einfach davon ab, wie ehrgeizig wir sind, den Spam zu bekämpfen. Unterstützung von der derzeitigen Regierung scheinen wir

**Verbraucherschutz** Ob aus dem E-Mail-Postfach, dem Faxgerät, dem Telefonhörer oder vor der Haustür: Auf allen Kanälen werden wir von Marketingstrategen, Gaunern und Scharlatanen mit Botschaften bombardiert, die wir nicht hören wollen.



Bilder: Thomas Latzke

## [Spam]

SPAM war ursprünglich ein Markenname für englisches Dosenfleisch. Bekanntheit erlangte der Begriff durch Monty Pythons Flying Circus, einer englischen Satireserie. Dort wurde der Begriff in einem Sketch 132-mal verwendet. Von den anfänglichen Nutzern des Netzes wurde „Spam“ aufgegriffen und später für massenhafte Nachrichten verwendet. Unerwünschte Internettex-te, berühmt ist der Greencard-Spam, sollen erstmalig 1993 so tituliert worden sein.

allerdings nicht erwarten zu können. Leider sieht es so aus, als wenn der Verbraucherschutz vor jedweden Werbemüll, wenn überhaupt, ganz unten auf der Agenda steht. Vielleicht steckt ja die Angst dahinter, dass ‚die Wirtschaft damit nicht einverstanden sein könnte‘. Auch die Hersteller von Antispamsoftware verdienen sicherlich nicht schlecht. Ich bin aber der Meinung: die Interessen der Ver-

braucher sind deutlich höher anzusiedeln als wirtschaftliche Interessen. Zumal Spam auch die Wirtschaft schädigt.

Selbst den Grünen scheint die Spambekämpfung wenig am Herzen zu liegen. Der Prospektspam verursacht zum Beispiel neben Transport- und Druckressourcenverbrauch auch noch jede Menge unnötigen Papiermüll. Der Datenverkehr

beim E-Mail-Spam verschlingt enorme Energiemengen und noch dazu zahlt der Kunde diese Netzbenutzung über seine Gebühren. Spambekämpfung, egal in welchem Bereich, ist also aktiver Umweltschutz.

Zudem kann der Werbemüll eine Gefahr für Leib und Leben darstellen. Zum Beispiel durch eine latente Brandgefahr im Hausflur von Mehrfamilienhäusern.



### Briefkastenspam

Briefkastenspam ist alles, was in den Briefkasten gesteckt wird und unerwünscht drin ist. Theoretisch sollte ein Aufkleber „keine Werbung“ auf dem Briefkasten genügen, allerdings sehen das viele Zusteller von Prospekten und ähnlichem nicht ein. Wenn der eindeutige Aufkleber nicht reicht, müssen wir unsere Briefkastenspamfreiheit mit Nachdruck durchsetzen. Erster Schritt ist eine Ermahnung, gefolgt von einer Abmahnung. Wenn dann nicht Ruhe ist, müssen wir eine Unterlassungsklage anstreben.

Gegen persönlich adressierte Nachrichten kann man sich so allerdings nicht wehren. Zur Abwehr von persönlich adressierten Nachrichten gab es bereits einen hilfreichen Artikel im Kompass 2011.3.

### Altkleiderspam

Altkleiderspam ist eine besondere Abart des Briefkastenspams. Einige dieser Spammer sind sogar so dreist, auf ihren Spamblättern zu vermerken, dass es keine Werbung ist. Warum ich diese Spamform hervorhebe? Altkleiderspam gibt teilweise vor, die Kleider direkt für eine wohltätige Organisation zu sammeln. Dies ist häufig leider nicht der Fall. Die Sammler sind rein kommerziell. Sie geben lediglich einen gewissen Anteil an eine wohltätige Organisation ab. Wahrscheinlich nur einen winzigen Bruchteil des Gewinnes. Glücklicherweise ist man nicht ganz hilflos. Verschweigen die

Spammer ihre kommerziellen Absichten, einfach eine Nachricht an die Wettbewerbszentrale (<http://www.wettbewerbszentrale.de>). Diese reagierte bereits einmal mit einer Klage gegen den Vermerk „keine Reklame“ (LG Bochum, Az. I-14 O 46/11).

### Telefonspam

Wer kennt es nicht, wir machen gerade etwas Schönes. Plötzlich klingelt das Telefon. Der erste Reflex ist, dran gehen und abnehmen. Es könnte ja etwas wichtiges sein. Einige gehen bei fremden Nummern gar nicht mehr ans Telefon, andere haben beim Abheben eine angebliche Meinungsumfrage

oder einen nervigen Callcenteragenten dran. Häufig liegt kein Einverständnis zum Werbeanruf oder bestehende Kundenbeziehung vor. Man bezeichnet dies als Cold Call. Es ist in Deutschland verboten. Meist wird dreist behauptet, man hätte diesen Anrufen zugestimmt. Aber das stimmt nicht.

Auflegen ist das einfachste, birgt aber das Risiko, dass die Anrufe nicht aufhören.

Wer die Anrufer schnell loswerden will, kann folgendes ankündigen: „Zu unserer Sicherheit zeichne ich das Gespräch auf. Das ist doch OK?“ Das bringt die Anrufer zumindest aus dem Konzept, wenn nicht sogar zum sofortigen Auflegen.

Bei der härteren Abwehr heißt es: erst einmal Ruhe bewahren. Keine Informationen geben. Auf Fragen gar nicht erst reagieren. Es macht mehr Sinn, den Spieß umzudrehen und zu erfahren, wer da anruft. Namen vom Anrufer und vom Callcenter sowie möglichst viele weitere Informationen. Dann werden weitere Anrufe und Datenweitergabe untersagt. Bei Rückfragen, wofür dies benötigt wird, wirkt das Wort Unterlassungsklage Wunder. Da legt der Nervanrufer meistens zügig auf. In ihren Datenbanken haben die Callcenter oft ein eigenes Feld wie „Kunde droht mit Anwalt/Klage“. Das möchte man angekreuzt haben.

Am effektivsten sind Gegenfragen (siehe Kasten 2), welche darauf abzielen, den Callcen-

teragenten zu binden, ohne am Ende etwas zu kaufen oder von einem selbst preis zu geben. Dadurch kommt man schnell auf eine Liste mit Leuten, die ein Callcenter besser nicht anruft. Natürlich sollten die Fragen nicht beleidigend sein. Es gehört auch eine gewisse Nervenstärke dazu.

Es gibt auch ein sogenanntes Gegenskript für Fragen ([news.kompass.im](http://news.kompass.im)), was einen Schritt für Schritt durch ein Telefongespräch leitet. Wobei dies natürlich auch den Nervanrufern bekannt sein dürfte.

Eine weniger direkte Methode sind Abmahnung und Unterlassungsklage. Dazu müssen wir nur die echte Nummer des Callcenters kennen. Einige rufen nicht mit ihrer wirklichen Nummer an oder unterdrücken diese sogar. Ist allerdings die richtige Nummer bekannt, heißt es entweder selbst eine Abmahnung zu schicken oder direkt zum Anwalt. Je nach Inhalt des Telefonats ist auch eine Anzeige bei der Polizei ratsam. Ich hatte zum Beispiel Ärger mit einem bestimmten Telekommunikationsanbieter, der mit extrem penetranten Werbeanrufen nach der Kündigung aufgefallen ist. Erst nach einer Abmahnung auf Unterlassung gab dieser Anbieter Ruhe.

Eine technische Lösung ist, je nach Provider, auch möglich, indem im Router einfach Anrufe mit Rufnummernunterdrückung blockiert werden. Alternativ dazu gibt es auch kostenpflich-

## Gegenfragen

Beispiele für allgemeine Gegenfragen:

- Wieviel verdienen Sie pro Stunde? - Wie oft werden Sie mit Ihrem Partner intim?
- Was hatten Sie zum Mittag? - Welche Krankenversicherung haben Sie? -
- Was halten Sie von Glücksspiel?
- Was halten Sie von Drogen?
- Nett, dass Sie mich anrufen. Wie spät haben wir es denn?

Dabei sollte man betonen, dies sei nur für statistische Zwecke. Am besten ist es natürlich, die Fragen an die Situation anzupassen.





tige Sicherheitspakete von den Telefongesellschaften, welche aber nur nützen, wenn keine falsche Nummer angezeigt wird.

Um anderen zu helfen, gibt es Seiten, wo Telefon- und Fax-spamnummern gesammelt werden. Ein Eintrag hilft zumindest Frust abbauen, wenn nicht sogar anderen. Allerdings besser ohne Beleidigungen.

Ein mit Telefonspam zusammenhängende Abzocke ist die Ankündigung einer Nachnahmesendung aus welchen Gründen auch immer. Der Unterschied zur Lastschrift ist, dass die Nachnahmezahlung nicht mehr zurückgebucht werden kann. Das Geld ist weg. Hier heißt es, die Sendungsnummer zu notieren und die Nachnahme nicht anzunehmen. Über die Sendungsnummer kann man an die Kontonummer gelangen. Mit der Sendungsnummer kann man z.B. direkt eine Strafanzeige wegen gewerbsmäßigen Betruges an die Staatsanwaltschaft schicken. Vielleicht interessiert diese Nummer auch das Finanzamt. Schließlich wäre nicht unmöglich, dass da auch Steuern hinterzogen werden.

### Faxspam

Über Faxspam wurde schon mal in der Kompass-Nullnummer (PDF auf [kompass.im](http://kompass.im)) berichtet. Einige Maßnahmen zur Abwehr wurden dort bereits aufgeführt. Eine Möglichkeit der Abwehr ist, bestimmte Nummern als Absenderkennung zu blockieren. So etwas ist bei manchen Fritz-

boxen möglich. Allerdings habe ich inzwischen erfahren, dass die Faxe zwar angeblich von einer ausländischen Nummer kommen, dies allerdings nicht wirklich der Fall ist. Sie kommen meist von deutschen Faxanschlüssen. Wegen der Kosten würden ausländische Faxe auch nur begrenzt Sinn machen. Die wirkliche Nummer lässt sich mit einer Fangschaltung ermitteln. Dies ist schon etwas aufwendiger und teurer.

Ansonsten gibt es derzeit wenig Maßnahmen gegen Faxspam, außer das Faxgerät nicht mehr zu verwenden oder nachts abzuschalten.

### Autokartensspam

Immer wieder ärgerlich ist Spam an Autos. Entweder in Form von Flyern oder Autokarten. Im besten Fall ärgerlich, im schlimmsten Fall kann dies zu Unfällen führen. Auch dürfte es nicht gut für Scheibenwischer oder Dichtungen sein. Natürlich sind wir auch hier nicht hilflos. Vom OLG Düsseldorf gibt es ein entsprechendes Urteil (IV-4 RBs25/10), dass dies auf öffentlichen Parkplätzen eine Ordnungswidrigkeit darstellt. Natürlich wird das Ordnungsamt nicht von selbst tätig. Die Karte müsste denen übermittelt werden und dann hängt es ein wenig vom Ordnungsamt ab, ob die aktiv werden. Es gilt, je mehr sich beschweren, desto höher der Druck.

Auf nichtöffentlichen Parkplätzen (z.B. Supermärkte) bietet

es sich an, den Besitzer zu informieren. Manchmal achten die verstärkt darauf oder unternehmen sogar etwas. Je mehr sich beschweren, desto besser natürlich.

Da meist nur Handynummern vermerkt sind, ist eine Abmahnung/Unterlassungsklage ziemlich erschwert, aber nicht unmöglich. Wahrscheinlich ergibt sich aus Autokartensspam ebenso wie bei Briefkastensspam ein Unterlassungsanspruch gegen Verteiler und Unternehmen.

### E-Mail-Spam

E-Mail-Spam ist der Klassiker beim Spam. So ziemlich jeder mit einer E-Mail-Adresse hat

schon mal E-Mail-Spam bekommen. Meistens ist es Werbung für Abzockecasinos, gefälschte Medikamente, Unbekannte die mit riesigen Summen locken, Phishing und anderes kriminelles. Auch Trojaner, Viren und ähnliches lauern auf Opfer. Als Anhang oder am anderen Ende des Links. Da sind die Auswirkungen mehr als nur ärgerlich. Als ungewollter Teil eines Botnetzes könnte man zum Beispiel selbst zur Spam-Schleuder werden. Wichtig ist immer, ein aktuelles Betriebssystem, Browser und Virenschutz zu haben. Damit wird es für die Trojanerspammer schon deutlich schwieriger. Der vermeintliche Austragebutton nützt wenig, insbesondere bei kriminellen Spam müssen die Spammer nicht noch wissen, dass man den Schrott gelesen hat oder er überhaupt angekommen ist. Je nach Versandmechanismus bekommen die nämlich keine Rückmeldung, ob die Adresse überhaupt existiert.

Es empfiehlt sich bei Verwendung eines E-Mail-Abrufprogramms wie Thunderbird die E-Mails im „Nur Text“, also ohne Bilder in der Mail, zu lesen. Damit sind wir auch bei der ersten Gegenmaßnahme. Normalerweise wird keine deutsche Webseite angegeben, weil dort der Besitzer leicht zurückverfolgbar ist. Was aber vorkommt, sind Weiterleitungen über deutsche Seiten. Teilweise ohne Kenntnis der Seitenbesitzer. Man muss sich die Seite mal ansehen und kann dann dem Seitenbetreiber oder dem Provider eine Mail schreiben. Dazu eignet sich eine

### On the fly Mailadressen bei [mailinator.com](http://mailinator.com)

Wenn es um Dinge wie einmaligem Zugang zu Foren, versperrten Downloads oder Info-PDFs geht, und weder persönliche noch Kontodaten im Spiel sind, empfiehlt sich eine Wegwerf-Mailadresse. Zum Beispiel: [voelligegal@mailinator.com](mailto:voelligegal@mailinator.com) in die Webseite eintippen. Auf Mailinator.com schnell in die voelligegal-Box schauen, dort den Bestätigungslink klicken. So kommt man an die Registrierung, ohne seine richtige Mailadresse preiszugeben. Newsletter-spam ade! Nachteil: Mailinator-Mails kann jeder lesen, der die Mailadresse kennt.

eh schon stark bespammte E-Mail-Adresse. Auf diesen Weg ist das Risiko gering, sich mehr Spam einzufangen.

Natürlich ist nicht jeder Spam kriminell. Einiges ist einfach nur der normale Werbemüll zum Beispiel in Form von Newslettern, für die man sich angeblich registriert hätte. Gegen so etwas lässt sich vorgehen. Man hat in diesem Fall Auskunftsrecht wegen der Herkunft der Daten und natürlich auch einen Unterlassungsanspruch. (<http://www.antispam-ev.de/wiki/T5f>)

Bei sich immer wieder wiederholenden Betreffen ist eine Möglichkeit, einen entsprechenden Filter im Mailprogramm einzurichten. Natürlich besteht dabei immer das Risiko, dass E-Mails verloren gehen können, die man haben wollte. Ich wäge bei meinen Filtern immer gut ab.

### Kommentarspam

Seitdem sich Blogs immer stärker verbreiten, nimmt der Kommentarspam zu. Vielfach handelt es sich dabei um Suchmaschinenoptimierungsspam (SEO-Spam). Das heißt, mit dem Kommentar und dem darin enthaltenden Link soll die eigene Position in einer Suchmaschine optimiert werden. Einige versuchen dies in Unkenntnis oder aus Dummheit, andere betreiben diese Form des Spams genauso kommerziell wie die anderen Formen. Häufig unter Verwendung von speziellen Pro-

grammen. Mein Verdacht ist, dass dies Spamprogramme sind, die noch andere Funktionen haben, aber nur zum Alibi.

### Das kann jeder selbst tun

Generell kann natürlich versucht werden, die Geldwege lahm zu legen. Wurde eine Kontonummer übermittelt, kann man getrost einen Brief an die Bank schreiben und denen mitteilen, mit wem sie da Geschäfte machen. Den Weg des Geldes zu verfolgen, um an die Spamursacher zu kommen, ist immer eine Möglichkeit.

Eine Beschwerde bei der Wettbewerbszentrale kann bei deutschem Spam sicherlich nicht schaden.

Hilfe von der deutschen Internetverwaltung DENIC ist dagegen meiner Erfahrung nach keine zu erwarten. Bei meinem bisherigen Mailverkehr mit der DENIC schien mir, als solle der Aufwand für die Überprüfung falscher Adressen auf andere abgewälzt werden.

Wie schon erwähnt finden sich viele hilfreiche Tipps auf [antispam-ev.de](http://antispam-ev.de). Wesentlich mehr als hier im Rahmen dieses Artikels wiedergegeben werden kann.

Dieser Beitrag ersetzt natürlich keine Rechtsberatung und gibt nur einige Anregungen ohne Gewähr auf Erfolg. Dazu sind die Situationen einfach zu verschieden.

# Spanische Karriere

**Die Anderen** EU-Beamtin Martin-Prat war zwischendurch im Lobbyverband

CC-0 Stefan Müller

Die spanische Anwältin Maria Martin-Prat leitet seit April 2011 das Urheberrechtsreferat der Europäischen Union. Doch sie hat einen ganz speziellen beruflichen Werdegang: vor dem EU-Spitzenjob war sie langjährig Chejustiziarin des Musikindustrieverbandes. Und dort sorgte sie mit radikalen Forderungen für Aufsehen. Die Kontrolle der privaten Kopie sei der Schlüssel für den Kampf gegen Urheberrechtsverletzer. Technischer Kopierschutz soll nach ihren Vorstellungen umfassenden Schutz genießen. Ausserdem wollte Frau Pratt herbeiführen, dass ausländisches Recht nach freier Wahl gegen inländische Verbraucher verwendet werden darf. Dies wurde jedoch von Verbraucherschützern abgeschmettert.

Für die Europäische Union spielt es keine Rolle, dass Frau Martin-Prat im Lobbygeschäft

unterwegs war. Branchenerfahrungen seien für EU-Vertreter „völlig normal“, teilte eine Sprecherin seinerzeit dem Onlinenewsportal [golem.de](http://golem.de) mit. Besondere Brisanz erhält die Personalie im Frühjahr 2012 aufgrund der laufenden ACTA-

Verhandlungen. Hier sitzt Frau Martin-Prat gut eingearbeitet an einer wichtigen Schaltstelle. In der Position lässt sich natürlich umfassender Einfluß „hintenrum“ ausüben.

Geschickt könnte Frau Martin-Prat dafür sorgen, dass Hintertü-

ren und unklare Formulierungen in die Gesetzesentwürfe fließen. Manchmal kommt es im Recht nur auf ein einzelnes Satzzeichen, geschweige denn ein simples Wort an: und die Wirkung eines Paragraphen verändert sich ins absolute Gegenteil. In der großen, unübersichtlichen EU-Gesetzgebungsmaschinerie mit stets zahlreichen Änderungsanträgen kann so ein Detaileingriff schnell durchrutschen. Ist das Gesetz jedoch erst da, ist der Schaden bereits angerichtet. Da kann eine Einzelperson an der richtigen Stelle große Probleme bereiten. Deshalb ist Neutralität entscheidend für Beamte. Und weil Frau Martin-Prat offensichtlich gern im Lobbybereich wirkte, spricht vieles dafür, dass sie bei nächster Gelegenheit wieder wechseln könnte. Wenn als Dankeschön für drakonische Strafnormen oder einseitige ACTA-Klauseln ein hochdotierter Lobbyjob kreiert wird.





# Elektronische Gesundheitskarte

## Der gläserne Patient wird Realität

CC BY-SA 3.0 Dietmar Schulz

### Krankenkassentrojaner im Anmarsch

Im Zuge des ersten Rollouts der eGK von Oktober 2011 bis heute sind bereits ca. 10 Mio. von rund 72 Mio. Karten an Versicherte ausgegeben worden. Weitere 45 Mio. folgen in 2012. Die Verpflichtung zur Ausgabe folgt aus § 4 Abs. 6 SGB V, mit dem die gesetzlichen Krankenkassen auch unter wirtschaftlichen Druck gesetzt werden. Und alle anderen im Gesundheitswesen müssen dem folgen; § 291 a SGB V regelt das. Betroffen sind letztlich rd. 72 Mio. gesetzlich Versicherte und ca. zwei Mio. Leistungserbringer inklusive ihres Hilfspersonals. Mit der Erhebung und Verarbeitung der Daten mittels der eGK und ihrer Übertragung steht vor allem das vertrauensvolle Arzt-Patienten-Verhältnis sowie die Sicherheit der sensiblen Gesundheitsdaten auf dem Spiel.

Auch die riskante Online-Anbindung von Praxen, Apotheken und Krankenhäusern an die Zentralspeicher der für die Einführung verantwortlichen „Gematik“ soll forciert und vorgezogen werden (Beschluss vom 6. Dezember 2011).

Damit wird der Weg zum „gläsernen Patienten“ final geebnet. Indessen sind Mehrwertanwendungen, wie z.B. die elektronische Patientenakte weder ausgereift noch abschließend geprüft. Weder der wirtschaftliche noch der medizinische Nutzen des Milliardenprojekts ist bis heute nachgewiesen. Studien kommen bislang zu einem auffälligen Missverhältnis zu den Gesamtkosten, die bislang bei rund 10 Mrd. € stehen und noch einmal dasselbe verschlingen sollen.

Dennoch wird das Projekt auf Druck von Lobbyisten (vor allem Versicherungen und Krankenhausgesellschaften) und insbesondere der Regierung forciert. Ärzteverbände laufen seit Jahren Sturm. Die Piratenpartei

lehnt die Karte seit Jahr und Tag ab. Selbst die Kritik einiger mit Datensicherheit befasster Organisationen wie z.B. CCC und FoeBud e.V. und auch die von Datenschützern geäußerten Bedenken haben an der starren Haltung der Regierungen bislang nichts ändern können. Ein Einlenken ist nicht in Sicht. Der Daten- und Kosten-GAU bleibt als Option.

### Risiko! Zentrale statt dezentrale Speicherung

Die Piraten räumen mit der seit Jahren von inzwischen drei Regierungen propagierten, falschen Information der Bürger auf, dass die erhobenen, sensiblen Gesundheitsdaten „auf der Gesundheitskarte“ gespeichert werden. Dem ist nicht so. Lediglich der überwiegend in seiner Nützlichkeit bestrittene Notfalldatensatz und die Stammdaten können aufgrund geringer Speicherkapazität auf der Karte Platz finden.

### Richtig ist stattdessen Folgendes:

Die Daten der Patienten und der Ärzte einschließlich der Daten der Verschreibung von Medikamenten sowie Heil- und Hilfsmittel werden durch Einsatz der Gesundheitskarte als „Schlüssel“ erhoben und dann via Online-Anbindung zu Zentralservern bei der o.g. Gematik übertragen. Dies gilt insbesondere für sämtliche sensiblen Daten der Patienten, die in den Akten der Ärzte vor Zugriff durch Dritte regelmäßig dem besonderen Schutz der ärztlichen Schweigepflicht unterliegen.

Alle Gesundheitsdaten, zusammengeführt auf einem Server führen zu der brisanten Situation des „gläsernen Patienten“. Einmal auf dem Server gelandet, wecken die Daten Begehrlichkeiten Dritter, etwa milliarden-schwerer Interessen der sogenannten Gesundheitsindustrie

und Dienstleistungsbranchen (z.B. Heil- und Hilfsmittelproduzenten, Pharmakonzerne, Versicherungskonzerne) und sind nicht zuletzt auch kriminellen Missbrauch ausgesetzt. Ein echter Datenschatz entsteht, über dessen Verwertbarkeit zu Lasten der Versicherten nur spekuliert werden kann.

Hinzu kommen die Unsicherheiten der Online-Datenübertragung, die bekanntlich zahlreiche, individuelle Risiken birgt. Die zentralen Speicher und Server befinden sich außerhalb jeglicher Kontrolle des Staates. Eine unbestimmte Anzahl sog. „sonstiger Erbringer ärztlich verordneter Leistungen“ ist zugriffsberechtigt. Backupsysteme sind intransparent. Schlechtes Handling der Karten und Verlustrisiken bzgl. der Daten selbst bleiben offen.

Die Lösung des Problems brächte eine dezentrale Speicherung auf der Karte mit mehr Speicherkapazität. Diese gibt es in Form der „eGK M+“ (Speichervolumen ca. 100 MB). Aber der Gesetzgeber und die Spitzenverbände des Gesundheitswesens beharren auf den Einsatz der untauglichen, kleinen Karte.

Wir mahnen daher an die Adresse der Bundesregierung, die Wegbereitung des auch als „Gesundheitstrojaner“ zu bezeichnenden Datensammelirrsinns unter Einsatz der elektronischen Gesundheitskarte auszusetzen (Moratorium) und unter Beteiligung unabhängiger Gutachter in jedweder Hinsicht auf den Prüfstand zu stellen. Der heutige Gesundheitsminister Bahr selbst war es, der dies noch bis Ende 2009 forderte.

### Passbild als leeres Missbrauchsargument

Die Befürworter betonen immer die Sicherheit des Missbrauchs, der sich besonders aus dem Passbild ergebe. Bereits die alte Krankenversichertenkarte

musste per Gesetz ein Passbild enthalten. Hinzu kommt, dass das Argument der Vermeidung von Missbrauch von Versicherungsleistungen schon deshalb ins Leere geht, weil 10 Mio. Versicherte überhaupt kein Passbild haben müssen (u.a. Jugendliche unter 14 Jahre). Inzwischen sind die Versicherungen unter dem Druck der Quotenerfüllung sogar dazu übergegangen Teilen der Versicherten Karten ohne Bild auszuhändigen.

### Hilfe vorerst nur durch zivilen Ungehorsam!

Wehren können sich die Versicherten bislang nur durch Verweigerungshaltung gegenüber ihren Versicherungen. Mit zivilem Ungehorsam gegen die elektronische Gesundheitskarte heißt das Motto. Die Unterstützung der Versicherungen bei der zentralen, risikobehafteten Datensammlung ist nämlich keine Bürgerpflicht!

Alle Versicherten, die noch über gültige Versichertenkarten verfügen, sollten sie behalten und einsetzen. Stattdessen sollten sie den vollmundigen Anforderungen ihrer Versicherungen zuwider auch kein Passbild zusenden. Dies ist ebenfalls keine Pflicht.

Auch ohne eGK muss niemand befürchten, keine ärztlichen Leistungen zu erhalten. Patienten müssen beim (Haus-)Arzt lediglich erklären, gesetzlich versichert zu sein und eine Übernahmebestätigung der Versicherung nachreichen. Die Seite [www.stoppt-die-e-card.de](http://www.stoppt-die-e-card.de) und andere Initiativen informieren zum Prozedere weiter. Dort geht es auch zur Online-Petition. Die Versicherten mögen aufmerksam bzgl. Aktionen bleiben, die in diesem Jahr noch gestartet werden.

Verfasser ist Koordinator der Piraten-AG elektronische Gesundheitskarte

Bild: GFDL-CC-BY-SA-all Hans Bernhard (Schnobby)

# Wie die E-Zigarette politisch wurde

Kommentar von Achim Müller

Anfang Januar diesen Jahres betitelte ich eine E-Mail: „Der Zeitpunkt, an dem die E-Zigarette politisch wird“. Bis dahin hatte ich mich – selbst Raucher – nur am Rande mit der verbotenen Frucht (Barbara Steffens) oder dem Hoffnungsschimmer am Horizont der rauchgeschwängerten Welt beschäftigt.

Nun soll sie also in die Apotheke verbannt oder sogar verboten werden, diese Symbiose aus altem Tobak und moderner Elektronik. In Nordrhein-Westfalen. Nur dort. In keinem anderen Bundesland wird deswegen so heftig gestritten, werden so viele Fehlinformationen verbreitet, wird so viel Angst geschürt. Ausgerechnet an der nicht brennbaren E-Zigarette entzündet sich ein Streit, in dem seitens des Gesundheitsministeriums außer heißer Luft bis heute nichts produziert wurde.

Die Gesundheitsministerin, augenscheinlich Apothekerin, Ärztin, Juristin und Pharmazeutin in Personalunion, hat erklärt, dass nikotinhaltige Liquids gefährlich sind und ... und damit *Basta!* Bundesweit zwei Millionen „Dampfer“, die meisten nun glückliche Ex-Raucher ohne chronisches Morgenröcheln, müssen sich irren. Ebenso die zahlreichen Fachärzte, welche die E-Zigarette schon länger als weniger gesundheitsschädliche Alternative zum klassischen Nikotinstengel deklarieren. Es kann nicht sein, was nicht sein darf. Was genau darf denn nicht sein? 1,5 Mrd entgangene Einnahmen pro Jahr durch nicht mehr gezahlte Steuern auf nicht mehr gerauchte Zigaretten? Insgesamt zwei Mrd entgangener Umsatz der Tabakindustrie? Oder 400 Mio € Umsatz durch E-Zigaretten und Liquids, den die Pharmalobby (noch) nicht vereinnahmen kann?

*Pecunia non olet*, das wussten schon die alten Römer. Auch die *Pecunia* nicht, welche in Form hunderter gefährlicher, im Tabak selbst enthaltener oder den Zigaretten beigemengter Stoffe – darunter Teer, Blausäure und

Plutonium – angezündet, inhaliert und anschließend als stinkende Abwärme in die Umwelt gepustet wird.

Möglicherweise ist das Treiben von Frau Steffens aber auch eine der in Regierungen heute üblichen Ersatzhandlungen. In der Erkenntnis, für die wirklichen Probleme unserer Gesellschaft keine Lösungsvorschläge anbieten zu können, verlagert die etablierte Politik ihr Handeln auf Nebenkriegsschauplätze. Dazu zählt das permanente Warnen vor imaginären terroristischen Bedrohungen mit all den geforderten Gegenmaßnahmen ebenso wie die lächerliche Diskussion um die Fahrradhelmpflicht.

Hat Frau Steffens vielleicht wissenschaftliche Studien zur Hand, die ihre Einschätzung bezüglich der potentiellen Gefährlichkeit und die voreilige Einstufung als Arzneimittel belegen? Ich habe lange gesucht und keine gefunden. Die selbsternannte Krankenschwester des Landes wohl auch nicht, sonst hätte sie diese längst triumphierend und medienwirksam in die Kameras gehalten. Bei meinen Recherchen bin ich eher auf gegenteilige Fachmeinungen gestoßen, siehe oben.

Dann aber muss doch wenigstens das Recht auf ihrer Seite sein, oder? Auch hier wurde ich nicht wirklich fündig. Das Arzneimittelrecht lässt sich im §2(3) nur allgemein zu Tabakprodukten aus und zählt diese zu den Ausnahmen. Sonst müssten klassische Glimmstengel ebenfalls apothekenpflichtig sein. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte hat aber bereits 2009 festgestellt: „Die E-Zigarette wird derzeit als Genussmittel vertrieben.“

Der Europäische Gerichtshof hat ebenfalls 2009 geurteilt, dass „als Arzneimittel nur deklariert werden darf, was eine nachweislich gesundheitsfördernde Wirkung hat.“ Diese Wirkung hat natürlich auch die E-Zigarette nicht, das bestreitet niemand. Sie ist lediglich *weniger* gesundheitsschädlich. Sowohl für den aktiven Dampfer, als auch den

leidgeprüften, früheren Passivraucher. Letzterer hat offensichtlich keinerlei gesundheitliche Beeinträchtigungen durch die E-Zigarette zu befürchten.

Die Gesundheitsministerin hat also „*par ordre du mufti*“ entschieden. Obwohl sie als Ministerin des Landes NRW keine rechtliche Grundlage vorweisen kann. Einige Städte und Gemeinden in NRW, darunter aus dem Ruhrgebiet Mülheim, Essen und Oberhausen folgen ihr bereits in vorauseilemdem Gehorsam und haben die ersten Verbote

angekündigt. Wohlwissend, dass kostspielige Schadenersatzprozesse auf sie zukommen werden. Bleibt mir nur noch eines. Der Hinweis auf eine bemerkenswerte Pressemitteilung des niedersächsischen Städte- und Gemeindebunds vom 29.12. des vergangenen Jahres. Dort heißt es zur E-Zigarette wohlthuend entspannt und geradezu piratig: „Für die Städte und Gemeinden gibt es derzeit keine Möglichkeit Verbote auszusprechen und damit ohne gesetzliche Regelung Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger einzuschränken.“ Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

## Tag der politischen Arbeit

Bericht von Monika Pieper

Anfang Februar fand, nach der Wahl in Berlin zum zweiten Mal, ein Tag der politischen Arbeit (#TdpA) in NRW statt. Trotz der Kälte machten sich über einhundert Piraten auf den Weg nach Dortmund, um zu diskutieren und unser Programm in NRW weiterzuentwickeln. In 14 Themengruppen wurden neue Positionen erarbeitet oder schon vorhandene überprüft und erweitert.

Es hatten sich weit mehr Piraten angemeldet als erwartet und es waren auffallend viele neue Gesichter unter den Anwesenden. Daher war es auch nicht verwunderlich, dass es sehr regen Zulauf bei der Themengruppe Strukturen und Kommunikation gab. Während ein weiterer Slot sich mit der E-Zigarette und dem Nichtraucherschutz in NRW beschäftigte, überarbeitete eine andere das Bildungsprogramm. Die an diesem Tag kommunalpolitisch Engagierten beschlossen, den AK Kommunalpolitik NRW wieder neu zu beleben und als Ansprechpartner für alle auf lokaler Ebene arbeitenden Piraten zur Verfügung zu stehen.

Der AK Wirtschaft und Finanzen diskutierte mit Interessierten über die Grundlagen der Gemeindefinanzierung und die mögliche Nutzung von NKF-Daten. Daneben waren Umwelt und Energie, Innenpolitik,

Transparenz und Drogenpolitik Gegenstand der Workshops.

Die aktuelle Diskussion zum Thema ACTA wurde genutzt, alle grundlegend zu informieren und die eine Woche später anstehenden Demos zu organisieren.

Auf dem TdpA gründete sich zudem das Piratenbildungswerk „Hebwerk“. Dessen Aufgabe wird es sein, die innerparteiliche Bildung durch thematische Veranstaltungen zu fördern.

Für das leibliche Wohl sorgte – wie eigentlich immer – die AG Schnittchen. Belegte Brötchen, Chili con und ohne Carne, Kartoffelsalat mit Würstchen, Gulaschsuppe und ein leckeres Reisgericht sorgten dafür, dass niemand mit knurrendem Magen arbeiten musste.

Die Resonanz war durchweg sehr positiv, das konstruktive Arbeitsklima wurde besonders herausgestellt. Neben der thematischen Arbeit gab es über den Tag immer wieder auch die Gelegenheit, bei einer Tasse Kaffee miteinander ins Gespräch zu kommen, neue Piraten kennenzulernen und sich gegenseitig Tipps zu geben. Das zeigt, dass der TdpA die funktionierende Kommunikation im Internet sehr gut ergänzt. In NRW wird der TdpA daher in einem regelmäßigen Rhythmus von etwa 3 - 4 Monaten stattfinden. Piraten aus anderen Bundesländern sind natürlich auch gerne dort gesehen.



# Willkommen in Utopia

CC-BY-NC-ND: ulrics

Erzählung  
Teil 4

## Freitag 8. Januar 2100

Der Zeitpunkt meiner Implantation ist wieder einen Tag näher gerückt. Ich weiß, ich bin zu ungeduldig, aber ich konnte noch nie gut warten. Heute hat das Lehrer über die Wirtschaft der damaligen Zeit berichtet. Die Menschen handelten mit nicht vorhandenen Geld. Sie erschufen aus dem Nichts neues Geld, welches sich dann auch genauso schnell auflöste. Bin ich froh, dass das Beschützer Geld überflüssig gemacht hat. Jeder, der produktiv mitarbeitet, hat alles was er braucht, für Gesundheit und Leben. Das Lehrer hat mit vielen seltsamen Begriffen um sich geworfen. Da war zum Beispiel die Finanzkrise. So wurde das Platzen, das Verpuffen des Geldes bezeichnet. Etwas, was die Welt ins Chaos stürzte – und nur wenige erholten sich schnell davon. Auch der Begriff Schulden wurde häufig verwendet. Anscheinend war dies Geld, welches man sich geliehen hatte. Dafür musste man etwas zahlen. Konnte man dies nicht, so wurde einem alles weggenommen. Irgendwie kommt mir das wie Diebstahl vor. Das Beschützer hat Geld, Armut und Schulden abgeschafft. Heute ist jeder produktiv. Ich finde es schade, dass das Lehrer uns alles nur in Bruchstücken zeigt. So kann ich gar nicht die Zu-

sammenhänge erschließen. Als ich nachfragte, warum dies so geschehe antwortete das Lehrer nur ausweichend. Ob ich wieder eine Frage gestellt habe, die ich besser nicht gestellt hätte? Anscheinend bringen meine Fragen das Lehrer vollkommen aus dem Konzept. Das Lehrer steht dann wie erstarrt da und scheint zu überlegen. Vielleicht ist es aber auch der Zugriff über das Implantat auf neue Daten.

## Samstag 9. Januar 2100

Ein düsteres Kapitel in der Geschichte war die Kriminalität zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Heute gibt es keine Kriminalität. Das Beschützer zeigt uns dies jedes Jahr aufs neue mit der Kriminalitätsstatistik. Diese liegt nun schon seit längerer Zeit bei 0%. Die Überwachung durch das Beschützer funktioniert ausgezeichnet. Heute erfahren wir von einem gro-

ßen Projekt, welches in diesem düsteren Zeitalter begann. Es wurde eine Software entwickelt, welche in der Lage war, die Absichten von Personen vorherzusehen. Das Lehrer erklärte uns das viele Menschen dies nicht mochten und sich dagegen erhoben. Glücklicherweise hat dann das Beschützer eingegriffen und alles zum Besseren gewendet. Ich mag mir gar nicht vorstellen, wenn die Elemente der Unruhe gesiegt hätten, welche es damals noch gab. Das Lehrer zeigte uns einige Statistiken der letzten 50 Jahre. Seit das Beschützer uns führte, war diese Statistik eigentlich überflüssig geworden. Sie wurde anscheinend nur noch für die Menschen gemacht. So sahen sie die Effizienz von das Beschützer. Es war wirklich ein langer Weg von dieser Gesellschaft mit so vielen Verbrechen in das heutige goldene Zeitalter. Alles wird gut dank das Beschützer.

## Sonntag 10. Januar 2100

Die Kriminalität schien früher wirklich weit verbreitet zu sein. Das ist mir erst aufgefallen, als das Lehrer heute mit dem Thema weiter machte. Dabei sind wir immer noch bei dem ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts. Das Lehrer streut immer nur kurze Ereignisse aus den späteren Jahrzehnten ein. Das Lehrer erklärte uns auf Nachfrage, dass das Beschützer ein nicht ganz chronologisches Vorgehen beschlossen hat. Das Beschützer weiß am besten, was gut für uns ist. Was hatte diese Kriminellen, bloß motiviert. Ich kann es nicht verstehen und das Lehrer konnte es auch nicht erklären. Wobei das Lehrer wieder diesen seltsamen Gesichtsausdruck aufsetzte. Als wäre die Frage so verwirrend. Einige der schon Implantierten sahen mich ebenfalls komisch an. Spreche ich etwas so undeutlich? Habe ich unseres Beschützer etwa enttäuscht? Ich bin sicher alles wird gut. Kriminalität und jedwede Regelverstöße sind komplett untersagt. Auf alles steht heute die selbe Strafe. Diese musste aber schon lange nicht mehr angewendet werden. Am Anfang soll dies anders gewesen sein. Damals gab es noch Drohnen mit Bewaffnung, welche Verstöße direkt bestrafen. Alles wird gut dank das Beschützer.

AG Piratenzeitung - Denk Selbst e.V.

kompass.im

Überwachung

**Der nächste Kompass 2012.2 erscheint Ende Mai.**

Wir kümmern uns um Staatstrojaner und Privat-Überwachung im Alltag.

Und dazu gibts viele interessante Themen, die Piraten bewegen.

Der Kompass bloggt: <http://news.kompass.im>

# Das Letzte



Neulich in Brüssel ....

Thomas Latzke